

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 20.

Sonnabend, den 18. Mai 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die deutsche Steinindustrie. — Die bösen Arbeiter und die guten und fürsorglichen Unternehmer. — Zum Streik in Reinheim. — Aus dem Streikgebiet Burgen-Rödnitz-Grimma. — Die Aussperrung im Deggeler Pflastersteinbruch. — Soziale Schäden des Alkoholismus. — Von der Tarifpolitik im Malergewerbe. — Das Berliner Steinfegergewerbe im Jahre 1911. — Eine Eigenart des amerikanischen Gewerkschaftswesens. — Korrespondenzen — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Unser fünfter Verbandstag in München. — Rundschau. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen. Beilage: Tarifverträge. — Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin. — Rente, die die Wahrheit nicht vertragen können. — Die Stadtverwaltungen als Steinabnehmer. — Die christlichen Gewerkschaften demaskieren sich! — Feuilleton: Justizmord.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperit** sind: Gera: Granitwerk Korb & Töpelmann. — Magdeburg: Fa. Furcht. — Hartmannsdorf: Firma Hoffmann. — Bamberg: Werkplatz Better. — Heidingfeld: Firma Kemmer & Adelman. — Laucha a. d. Unstrut: Firma Heinisch.

**Dresden.** Die Arbeiter des Granitwerkes Keil & Comp. traten am 1. Mai in den Streik. Die Firma wollte den Steinmehnen beim jetzigen Tarifabschluss Abzüge machen.

**Jena.** Die Tarifverhandlungen sind noch nicht beendet. Die Firma Günther hat den Tarif unterschrieben. Die anderen Unternehmer weigern sich noch. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Oberlausitz (Oberlausitz).** Mit dem Granitwerk Lehmann (Inhaber Dr. Bachmann) kam „erstmalig“ ein Tarifvertrag zustande. Es kommen 75 Kollegen in Frage. Der Tarif schließt sich an den Oberlausitzer Bezirkstarif an.

**Rödnitz, Hobburg, Collmen, Burgen, Falkenhain, Dornreichenbach und Grimma.** Im hiesigen Pflastersteinbruchgebiet stehen ca. 1000 Pflastersteinarbeiter im Streik. Die Firmen Busse, Weißhorn, Rödnitzer Porphyrt-Alt-Gesellschaft und Zachmann lehnen eine Vermittlung durch den Würzner Stadtrat, Herrn Dr. jur. Trojtsch, brüst ab. Die Firmen wollen auch in Zukunft das „wilde“ Akkordsystem aufrecht erhalten. Direktor Luhn will aus dem rheinländischen Pflastersteinbruch anwerben. Zugang nach dem Streikgebiet ist unter allen Umständen streng fernzuhalten. Seit dem Streik sind um 1500 Eisenbahnwaggon-Ladungen weniger zum Versand gekommen. Ein Teil der Streikenden konnte bisher schon anderweitig untergebracht werden.

**Reudorf.** Die Tarifbewegung für die Brecher des Sandsteingebiets hat sich für unsere Mitglieder günstig erledigt. Es kommen etwa 400 Kollegen in Frage.

**Stuttgart.** Die Verhandlungen mit den Grabsteinfirmen führten zu keinem Resultat; der Streik wurde beschlossen. Auch mit den Marmorgeschäften ist eine Verständigung noch nicht zustande gekommen.

**Nordendorf.** Die Lohnverhandlungen sind gescheitert; 30 Kollegen sind am 10. Mai in den Streik getreten.

**Reinheim (Odenwald).** Die Unterhandlungen mit der Firma Frohmann & Comp. sind gescheitert. Sämtliche Steinmehnen, Steinschleifer und Hilfsarbeiter stehen im Streik.

**Bremke.** Hier wurde bei der Firma Lüdecke ein Lohnstarif abgeschlossen. Stundenlohn 1912: 53, 1913: 55 Pfg.

**Deggeln, Amt Waldshut (Baden).** Die Verhandlungen mit der neuen Firma im Betrieb Minder haben zu einer Einigung nicht geführt. (Siehe Artikel.)

**Seebach (Schwarzwald).** Bei den Granitwerken Seebach wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt, weil die Schmiede eine Lohnhöhung forderten.

**Schweiz.** Nach St. Margrethen ist Zugang streng fernzuhalten.

**In Oesterreich-Ungarn** sind gesperrt: Teplitz, Stanislaw, Wien, Krems (Firma Müller), Wiestal bei Oberalm, Opotnitz (Granitwerk Ceslak), Rainach (Marmorbrüche Firma Grein), Budapest (Melocco, Walla A. G., Walla jr.), Temesvar (Georg Kapfer), Preßburg: Tarifbewegung, die Unternehmer suchen Arbeiter in Oesterreich.

## Die deutsche Steinindustrie.

Unter dem großen Aufschwung des Bauwesens wurde ebenfalls die Entwicklung der Steinindustrie sehr günstig beeinflusst. Zum Bau öffentlicher Gebäude hat man erfreulicherweise die verschiedenartigen heimischen Naturgesteine in reichlicher Weise berücksichtigt. Dadurch wurden auch die privaten Baukünstler angereizt, bei der Ausführung besserer Bürgerhäuser zu Fassaden mehr oder weniger Haussteinmaterial zu verwenden. — Wer beispielsweise die Sandsteinfassaden in Berlin mit sachmännischem Blick mustert, wird sagen müssen, wenn auch nicht alle Materialien von gleicher Güte sind, so ist doch die steinmehmähige Bearbeitung derselben durchaus eine vorzügliche. Die Technik zur Bearbeitung des Granits und Syenits ist bei uns zu hoher Blüte gebracht worden, die vielen Monumente legen

davon bereites Zeugnis ab. Nicht minder der Export von geschliffenen und polierten Erzeugnissen nach dem Auslande. Die Ansprüche im städtischen Straßenbauwesen kommen der Pflastersteinindustrie zugute, und zur Gleisbettung der Eisenbahnen sind alljährlich Millionen Tonnen Schotter notwendig, so daß die Eröffnung von Schotterwerken noch heute fortgesetzt wird.

Wieviel Betriebe und darin beschäftigte Personen gibt es nun in der deutschen Steinindustrie? Auf diese Frage geben uns in recht zuverlässiger Weise die Gewerbe- und Berufszählungen von 1895 und 1907 Auskunft.

Die Steinindustrie umfaßte im Jahre

1895 . . . . .	16 131 Betriebe mit 125 722 Beschäftigten
1907 . . . . .	17 011 „ „ 160 930 „

In dem Zeitraum von zwölf Jahren stieg die Zahl der Betriebe um 879 = 5 Prozent, die der Beschäftigten um 35 208 = 21 Prozent.

Unbedeutend ist die Zunahme der Betriebe, auffällig die riesige Zunahme bei der Ziffer der Beschäftigten. Daß aber die Hartstein- bezw. Pflastersteinindustrie bei diesem Aufschwung am meisten profitiert hat, zeigen uns sehr genau die Details der schon genannten Zählungen. In den Steinbrüchen (ausgenommen Kalkbrüchen) waren beschäftigt:

1895 . . . . .	68 554 Personen
1907 . . . . .	98 406 „

Zunahme 29 852 Personen

Daß sich die Steinindustrie sehr gut entwickelt hat, zeigen auch die Lohnsummen, welche bei der Steinbruch-Berufsgenossenschaft in den einzelnen Jahren zur Verrechnung gelangten. Die Ergebnisse lauten:

Jahr	Kollarbeiter	Ausgezählte Lohnsummen
1885 . . . . .	84 525	65 256 166
1890 . . . . .	114 594	82 553 030
1896 . . . . .	122 029	92 130 260
1900 . . . . .	158 609	137 227 843
1905 . . . . .	190 843	150 873 237
1910 . . . . .	164 672	177 02 6040

Wir führen diese authentischen Zahlen an, weil die Steinindustriellen immer darauf hinweisen, daß sie in wirtschaftlicher Beziehung nicht vorwärts kämen. Leider existiert eine Statistik über den Wert der erzeugten Produkte nicht; bestände sie aber, dann würde sie sicherlich ergeben, daß der Produktionswert noch rapider gestiegen ist wie die Zahl der Beschäftigten. Diese Behauptung läßt sich aus der steten Zunahme der Maschinenarbeit mit großer Sicherheit aufstellen.

Ueber die wichtigsten Zweige der Steinindustrie wäre folgendes zu sagen:

Wir besitzen in Deutschland vorzügliche Sandsteinmaterialien. In der Farbennuanzierung können selbst die Münche der vornehmsten Architekten befriedigt werden. Die Hauptsteinbruchzentren sind: das Maintal von Bamberg bis Aschaffenburg, das Raufbronner Gebiet (Württemberg), die Rheinpfalz, das Elblandsteingebirge (Sachsen) und die Bezirke Alt-Warthau, Radwitz, Plagwitz, Rüders, Münselburg (Schlesien). In Sachsen und Schlesien sind die Steinbrucharbeiten in maschineller Hinsicht mit allen Errungenschaften der Technik ausgestattet, daselbst kann man aber von den Steinbrüchen in Süddeutschland nicht behaupten. — In den 2536 Sandsteinbrüchen wurden zirka 13 000 Kollarbeiter gezählt.

Die Muschellalkindustrie ist erst im letzten Jahrzehnt in Schwung gekommen. Wir finden Betriebe im Unterfränkischen, in Baden, Württemberg und Thüringen. Der Muschellalk steht sich als Rohmaterial wesentlich teurer als Granit und Sandstein. Dieser Umstand bedingt, daß die gewonnenen Blöcke in der Maßproportion aufs genaueste verwertet werden müssen, und dieshalb sind schon die mittleren Steinbrucharbeiten mit Sägewerken ausgerüstet.

In den Kalk-, Dolomit- und Zementbrüchen sind im Jahre 1910 17 268 Kollarbeiter beschäftigt gewesen. Die Steinbrüche dieser Art verteilen sich über ganz Deutschland. Die bedeutendsten Brüche findet man in Kaufungen (Schlesien) vor.

Marmorsteinbrüche finden wir im Lahntal, in Westfalen, Thüringen, Schlesien, Oberfranken und Oberbayern. Einige renommierte Firmen lassen es sich angelegen sein, den deutschen Marmor immer mehr auf den Markt zu bringen. In den Marmorwerkstätten ist allerdings die Verwendung der verschiedensten Maschinen eine recht umfangreiche.

Die deutschen Granite sind von hervorragender Qualität — von einigen Ausnahmen natürlich abgesehen. — Die Granitindustrie domiziliert an Bedeutung in Striegau, Strahlen, Ströbel (Schlesien), Demitz, Kamenz, Meißen, Aue (Sachsen), im Fichtelgebirge, im Bayrischen Wald, im Oden- und Schwarzwald, in den Vogesen und im Harz. Von einer „gemischten“ Betriebsweise spricht man, wenn neben der Herstellung von Werksteinen auch noch Pflastersteine und andre Straßenbaumaterialien produziert werden. Im Fichtelgebirge finden wir auch die berühmten Schleifereibetriebe, welche aber vorwiegend die aus Schweden eingeführten roten und schwarzen Rohblöcke verarbeiten. — Diese Einfuhr wird von Bedeutung dann nicht mehr nötig sein, wenn die künstlerische Richtung dahin geht,

daß die Granite nicht mehr zu polieren sind. In der deutschen Granitindustrie geht die Entwicklung zum Großbetrieb rapid vor sich. Diese Erscheinung zeigt sich besonders markant im Königreich Sachsen und in Schlesien. Obwohl die sächsische Granit- und Granitporphyrindustrie (letztere beschäftigt in der Kreishauptmannschaft Leipzig weit über 2000 Arbeiter) verhältnismäßig noch jüngeren Datums ist, herrscht doch schon die großkapitalistische Betriebsweise vor.

Eine große Bedeutung hat die Basaltindustrie. Wir zählen 770 Betriebe mit 10 743 Kollararbeitern. Als Lohnsumme wird im Jahresdurchschnitt der Betrag von zirka 11 Millionen Mark ausbezahlt. Basalt wird gewonnen im Westerwald, in Hessen und Hessen-Nassau, im Rhöngebirge, im östlichen Sachsen, Schlesien usw. (In dem bekannten Steinbruchbezirk Wapen [Rheinland] wird die Basaltlava gebrochen und zu Werkstücken und Pflastersteinen verarbeitet.) Basalt wird vorwiegend zu Schotter- und Pflastersteinen verwendet. Da die Straßenbau- und Bahnschüttungsmaterialien als Massenprodukte gelten, so ist in der Basaltindustrie ohne weiteres die Verwendung von Maschinen gegeben.

Aus Grauwacke werden ebenfalls Pflaster- und Schottersteine hergestellt. Wir zählen 559 Betriebe mit 4466 Kollararbeitern. Die Verwendung zu Pflastersteinen hat sich in den letzten Jahren sehr stark eingebürgert, und besonders zum Kleinpflaster ist das Material „vorzüglich“ geeignet. Die bedeutendsten Grauwackesteinbrüche finden wir im Aggertal (Rheinland), in Gommern und Sachsen.

Erwähnenswert sind noch die Schieferbrüche in Theuma, Lehesten, Steinach und Caub. Die Griffelfabrikation wird in Steinach und Umgebung betrieben, während Lehesten, ebenfalls in Sachsen-Meinigen gelegen, die größte Plattenfabrikation in Deutschland aufweist.

## Die bösen Arbeiter und die guten und fürsorglichen Unternehmer.

O, diese bösen Arbeiter! Sie lassen die Welt nicht zur Ruhe kommen. Von gewissenlosen Agitatoren verhetzt, stiften sie überall Unzufriedenheit und beunruhigen immer weitere Kreise der Bevölkerung. Es ist wirklich schrecklich.

Am schlimmsten ist das industrielle Unternehmertum daran. Die guten Unternehmer! Sie sinnen nur darauf, die industrielle Entwicklung zu fördern und das Wohlergehen der Arbeiter zu heben; der Profit ist ihnen ja so sehr Nebenache! Aber die bösen Arbeiter wollen das nicht einsehen! Es ist ihnen offenbar nicht wohl zumute, wenn sie nicht fortgesetzt unerfüllbare Forderungen stellen können. Daß sie aber damit den Fortgang der industriellen Entwicklung stören und die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie unterbinden, ja, daß sie sich selbst schädigen, das sehen sie scheinbar gar nicht. Denn sie schädigen sich doch selbst, wenn sie die Industrie mit ihren ewigen Forderungen und Kämpfen fortgesetzt beunruhigen. Hindern sie den Unternehmer am Erwerb, dann verdienen sie doch selber nichts, denn der Unternehmer ist und bleibt ihr Brotgeber! Und was haben die Arbeiter schließlich davon, wenn die einheimische Industrie durch die unerhörten Forderungen konkurrenzunfähig wird? Dann haben sie den Ast abgefaßt, auf dem sie sitzen! Die Arbeiter sollten endlich einmal aufhören, Unzufriedenheit zu stiften und die Industrie zu beunruhigen, dann sollen sie einmal sehen, was für gute Zustände durch das alsbald einsetzende Emporbühen der Industrie Platz greifen werden!

Es muß wirklich weit gekommen sein, wenn die braven Unternehmer solche Klagen erheben müssen. Und recht müssen sie haben, denn sie stehen ja mit ihren Klagen nicht allein. Weite bürgerliche Kreise und die Vertreter des Handels und Gewerbes, der Landwirtschaft und der Regierung schließen sich den Klagen der Unternehmer an. Es heißt, daß die Begehrlichkeit der Arbeiter sich auch auf die ruhigeren Volksteile übertrage und demoralisierend wirke. Besonders die Jugend würde dadurch schweren Schädigungen ausgesetzt. Hat nicht das Blatt des Reichsanwalters wiederholt Gelegenheit gehabt, über die zunehmende Genuß- und Verschwendungssucht der Arbeiter Klagen zu müssen? Das alles kann doch nicht aus der Luft gegriffen sein. Ja, es ist sogar allen Ernstes behauptet worden, daß die Arbeiter nicht nur die Industrie beunruhigen, sondern auch den internationalen Warenaustausch und den Frieden. Allerdings, die unbeirrbar Friedensliebe der Arbeiter konnte nicht gezeugnet werden. Aber diese Friedensliebe soll es sein, die die Angriffsluft des Feindes bestärkt! Ja, um die ungeheuerlichsten Verdächtigungen und Beschuldigungen der Arbeiter sind die Volksfeinde nicht verlegen. Treten im Leben des Volkes Störungen auf, dann sind die Volksfeinde schnell bei der Hand und sagen: die Arbeiter sind schuld. So sollen ja auch die Arbeiter die Schuld an der Teuerung tragen: die erzwungenen Lohnhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen sollen die Verteuerung des gesamten Lebens herbeigeführt haben.

Es ist klar, daß je mehr die Verleumdungen der Arbeiter geglaubt werden, es für die Volksfeinde und die Unternehmer um so leichter ist, ihre angeblichen Verdienste im hellsten Licht erstrahlen zu lassen.

Da ist zunächst der ungeahnte Aufschwung von Handel und Industrie, den sich die Unternehmer zuschreiben. Aber auch die gesetzgebenden Körperschaften rühmen laut ihre

Verdienste, und der Reichstanzler hat bei den jüngsten Feuerungsdebatten im Reichstag die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, die angeleglichen Vortheile der „bewährten“ Wirtschaftspolitik in den höchsten Tönen zu verherrlichen. Wohlstand und lohnende Arbeit hat danach das Volk unter dieser Wirtschaftspolitik gefunden. Warum sollen dann aber die Arbeiter nicht den gebührenden Anteil daran haben? Warum zetert das Unternehmertum über die „un-erfüllbaren“ Forderungen der Arbeiter? Weil sie den zunehmenden Wohlstand und den Ertrag der lohnenden Arbeit in der Hauptsache für sich allein beanspruchen! Deshalb auch schreiben sie sich alle Verdienste um den Aufschwung der Industrie zu, um den Anspruch am Arbeitsertrage daraus herleiten zu können. Wohl mögen sie erhebliche organisatorische Verdienste haben, aber die Leistungen der Arbeiter sind darum nicht weniger verdienstvoll. All die Gebrauchsgüter schaffen die Arbeiter in rastloser aufreibender Arbeit, aber heuchlerisch geben sich die Unternehmer als die Brotgeber aus, heuchlerisch bezeichnen sie den karglichen Verdienst und die bittere wirtschaftliche Lage der Arbeiter als „Wohlstand“, den die Arbeiter lediglich den guten Unternehmern zu verdanken haben. Denn die Unternehmer sind nach ihren präherzlichen Darstellungen nicht nur die Brotgeber der Arbeiter, sie sind auch die Träger der sozialen Fürsorge, die sie an den Rand der Konkurrenzfähigkeit gebracht haben soll. So sind es denn die Unternehmer, die den Arbeitern die Existenz sichern. Die bösen Arbeiter wollen es bloß nicht glauben — und sie tun recht daran.

Es ist einfach nicht wahr, daß die Arbeiter unerfüllbare Forderungen stellen, weil sie Gefallen finden an der wachsenden Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes, weil sie Gefallen finden an der Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts, weil sie Gefallen finden an der zunehmenden Beunruhigung des Erwerbslebens, und weil sie Gefallen finden an der Exprobration ihrer Macht. Das alles sind erschwundene Behauptungen der Arbeiter- und Volksfeinde, erschwundet darum, um ihren Profit zu schützen und die übrige Bevölkerung gegen die Arbeiter einzunehmen. Die Arbeiter sollen daran gehindert werden, ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Was alle Verleumdungen nicht vollbringen, das soll die brutale Gewalt vollenden: Polizei, Militär und Justiz gegen die um Verbesserung ihres Daseins kämpfenden Arbeiter! Das allein kennzeichnet das heuchlerische Gebaren der Unternehmer und Arbeiterfeinde zur Genüge.

Die Arbeiter sehen sich durch die Verteuerungspolitik der bestehenden und herrschenden Klassen immer wieder gezwungen, Lohnforderungen zu stellen und wirtschaftliche Kämpfe einzugehen. Die fortschreitende Technisierung und Intensität der Arbeit zwingt sie immer wieder, Arbeitszeitverkürzung und hinreichenden Schutz gegen Betriebsgefahren und Gesundheitschädigungen zu verlangen. Daß die Lage der Arbeitenden Klassen nicht mit Wohlstand, sondern vielmehr mit Notstand bezeichnet werden muß, geht aus der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Arbeiterfrauen, aus der zunehmenden Heimarbeit und der oft großen Arbeitslosigkeit hervor. Alle Gefahren und Schädigungen des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems lasten auf den Arbeitern, und sie müssen sich dagegen wehren, selbst auf die Gefahr hin, als Unruhestifter verkleumdet zu werden. Die Arbeiter müssen auch für einen größeren parlamentarischen Einfluß kämpfen, damit die Gewerbe-, Sozial- und Wirtschaftspolitik den Interessen des arbeitenden Volkes angepaßt werden kann, damit Völkerrfrieden und Völkereinheit, die soziale Entwicklung und Gleichberechtigung gewährleistet wird. Um dieser hohen Menschheitsziele willen wollen die Arbeiter gern Unruhestifter sein, Unruhestifter im ethischen und aufbauenden Sinne.

Das aber, was die Unternehmer und Arbeiterfeinde den Arbeitern andichten wollen, das sind die Verleumdungen selber: Stifter von Haß, Unzufriedenheit und Beunruhigung, Vertreter der brutalen Gewalt und des Nachtigehls. Ein bornierter Herrenstandpunkt hindert das Unternehmertum, den Arbeitern den ihnen gebührenden Anteil am Arbeitsertrage und am Leben zubilligen. Erlämpfen aber die Arbeiter höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, dann läßt es oft eine niedrige Rach- und Straßucht des Unternehmertums zu einer unabsehbaren Kette von Verwicklungen und Kämpfen kommen. Die Schuld sollen die Arbeiter in jedem Falle tragen. Doch die Arbeiter lassen sich durch keine Macht von ihren berechtigten Forderungen und Kämpfen für ein besseres Dasein abhalten, bis Haß, Rachsucht und Herrenmenschen-tum beseitigt und die hohen Menschheitsziele erreicht sein werden. Dann wird die Menschheit den bösen Arbeitern noch einmal von Herzen dankbar sein.

Das aber möchten die „guten“ Unternehmer verhindern. Die „bösen“ Arbeiter werden dafür sorgen, daß es ihnen nicht gelingen wird.

## Zum Streik in Reinheim.

Seit dem 7. Mai befinden sich die Arbeiter der Firma Frohmann u. Co. in Reinheim (Odenwald) im Streik. Die Firma vermutete nicht, daß unsere Kollegen so fest zusammenhalten würden; sie rechnete immer darauf, daß ihr noch verschiedene Arbeiter zurückbleiben würden. Der jüngere Frohmann hat auch selbst eingesehen, daß einige Aufbesserungen notwendig wären, und wäre es seinem Kopf nach gegangen, so glauben wir kaum, daß es dann zum Streik gekommen wäre. Aber sein älterer Bruder, Elias Frohmann, hat für seine Arbeiter überhaupt kein Wohlwollen übrig. Die Verhältnisse bei der Firma Frohmann u. Co. sind ja vielen Kollegen bekannt, doch wollen wir noch auf verschiedene Punkte eingehen. Es ist z. B. bei den Steinmehlen in den Unterhandlungen so weit gekommen, daß auf verschiedene Werkstücke, die weniger gemacht werden, einige Verbesserungen eingetreten wären, aber auf die Arbeit, welche tagtäglich vorkommt, ist die Verbesserung nicht nennenswert. Desgleichen war es bisher Herrn Frohmann möglich, die Stundenlöhne nach Willkür festzusetzen, so daß es beschämend für unsere Zahlstelle war, wenn für Steinmehle noch ein Stundenlohn von 30 Pfg. bezahlt wurde. Unsere Forderung war, den Stundenlohn auf 40, 45 und 50 Pfg. festzusetzen. Herr Frohmann will auf keinen Fall auf unsern geforderten Minimalstundenlohn eingehen.

Was die Verhältnisse der Schleifer betrifft, so sind die noch schlechter als wie bei den Steinmehlen; denn die Maschinenschleifer haben alle 14 Tage zirka 10—15 Mt. und auch manchmal noch darüber für Material zu bezahlen; diese unheimlichen Summen für Material sind unser Anstich

nach nur darauf zurückzuführen, daß die Firma das Material nicht zum Selbstkostenpreis abgibt. Es wird z. B. der Carbarundum in den meisten Granitschleifereien das Rilo zu 1.50 Mt. abgegeben. Auch die Firma Walhaus u. Langensiepen in Leipzig liefert dasselbe in kleinen Mengen per Rilo zu 1.50 Mt.; jedoch bei der Firma Frohmann kostet dasselbe 2.20 Mt. per Rilo. Die Firma hat bei den Maschinenschleifern sogar angeordnet, daß sich dieselben die Polierkissen selbst stellen müssen. Wenn angefaßt solcher Tatsachen den Arbeitern die Augen geöffnet werden, hat sich die Firma Frohmann die Schuld selbst zuzuschreiben. Unsere Kollegen sind deshalb fest entschlossen, angefaßt solcher trauriger Verhältnisse im Streik auszuharren.

## Aus dem Streikgebiet Wurzen-Röchnitz-Grimma.

Der Kampf dauert nun drei Wochen, und während dieser Zeit haben die Unternehmer sich redbliche Mühe gegeben, Verwirrung in die Reihen der streikenden Kollegen zu tragen. Doch der Liebe Mühe ist vergeblich. Die Kollegen stehen noch genau so einmütig, wie am ersten Tage des Streiks. Am 10. Mai fanden in Coillmen und Lüpitz große Frauenversammlungen statt, für die Frau Pollender und Frau Hennig aus Leipzig als Referentinnen gewonnen waren. Diese beiden Genossinnen verstanden es vorzüglich, die Frauen unserer streikenden Kollegen mit ihren Ausführungen zu fesseln. Sie schilderten die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft und behandelten die Aufgaben der Frauen bei solchen Kämpfen. Reicher Beifall zeigte das Einverständnis der Anwesenden. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die versammelten Frauen sich verpflichteten, den Kampf ihrer männlichen Angehörigen nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. In Lüpitz gaben dann die Kollegen Steiniger und Kern, in Coillmen Kollege Siebold noch einen Bericht über den Stand der Bewegung. Eine Vermittlung durch den Stadtrat Herrn Dr. Troitzsch in Wurzen haben die Unternehmer abgelehnt; als Antwort darauf sind nun am 12. Mai auch die Kollegen in Falkenhain und Umgebung in den Streik getreten, so daß jetzt 1000 Kollegen für den Kampf in Frage kommen. Die Gendarmerie ist recht auf dem Posten, aber die Streikenden haben schon die nötige Einsicht und verheßen so den Beamten zu einer Latenlosigkeit. Als kürzlich ein Steinarbeiter sich losagte von den Streikenden, ging unser Kollege Bergmann in dessen Wohnung, um ihm von der Wiederaufnahme der Arbeit abzureden. Sobald unser Kollege Bergmann das Haus verlassen war, auch schon ein Gendarm bei dem Arbeitswilligen, den er ausforschte, was Bergmann zu ihm gesagt. Doch auch hier war nichts zu machen trotz allem Eifer. Die Kollegen selbst sind frohen Mutes, denn die Unternehmer sind sehr in der Klemme, und wenn die Einigkeit anhält, dann brauchen wir über den Ausgang des Kampfes nicht ungewiß zu sein.

## Die Aussperrung im Dehener Pflastersteinbruch.

Wie wir bereits meldeten, besteht die Sperre über den Betrieb der Firma Wiener, Pflastersteine-Meister von Schaffhausen, unverändert fort. Nachdem der Unternehmer bemerkt hatte, daß er mit seiner brutalen Entlassung der Arbeiter einige Tage vor Weihnachten, weil sie einer gerichtlichen Untersuchungskommission die wahren Ursachen eines tödlichen Unfalls mitgeteilt hatten, doch keine andern gefügigeren Arbeitskräfte erhalten konnte, wandte er sich an den Gauleiter um Aufhebung der Sperre. Wir waren dazu bereit, schlugen aber den Abschluß eines Tarifs vor, um die schwebenden Differenzen von vornherein zu erledigen. Die erste Verhandlung schien auch zu einem Resultat zu führen. Einige Kollegen, die vorzeitig die Arbeit bei Wiener wieder aufgenommen hatten in der Erwartung, daß die Sache doch beigelegt würde, erweckten in dem Herrn Pflastersteine-Meister die Hoffnung, ohne die früheren Arbeiter auszukommen. Im Stegestaumel richtete er an den Gauleiter ein hohnvolles „Dankschreiben“ für die Verhandlungen und erklärte den Fall für sich erledigt, da er genügend Arbeiter habe und noch erhalten würde. Doch die Freude war nur von kurzer Dauer. Die Kollegen verließen den Betrieb wieder, als keine Einigung erfolgte. Der siegestrunke Herr Unternehmer konnte sich nun nicht gut noch einmal an den Gauleiter um Beilegung der Sperre wenden, und so mußte nun ein anderer Weg eingeschlagen werden, da mit dem besten Willen keine Streikbrecher aufzutreiben waren, die zur Fortführung des Betriebes genügt.

Das Geschäft sollte einen andern Namen erhalten. Die „Neue Firma“ wandte sich an den Gauleiter und war bereit, einen Vertrag abzuschließen. Zufälligerweise wollte die Firma aber genau nicht weiter gehen, als der Unternehmer Wiener, und stellte zum Schluß noch die Bedingung, daß keiner der Arbeiter, die an der Aussperrung beteiligt waren und von Herrn Wiener nicht mehr eingestellt werden sollten, auch von ihr nicht mehr eingestellt werden können. Diese recht durchsichtige Komödie auszuführen, war auserlesen der bisherige Kollege und Kassierer der Zahlstelle Geilnau bei Balduinstein, Max Leitzl. Leider hatten die Kollegen zu wenig Sinn zum Komödientenspiel in so ersten Fragen. Sie bestanden auf Abschluß des Vertrags mit dem Unternehmer Wiener selbst und Einstellung aller entlassenen Arbeiter.

Nach den letzten Vorgängen erscheint als ganzer Zweck der Aussperrung die Entfernung der bisherigen Arbeiter und deren Ersatz durch neue Arbeitskräfte, die man besser im Zaume zu halten erhoffte. Unter dem unverdächtigen Namen eines bisherigen organisierten Arbeiters schien der Plan gelingen zu müssen. In Geilnau ist unter den dortigen Arbeitern bereits Stimmung gemacht worden, um sie für Deheln zu gewinnen. Der „neue Meister“ war so freundlich, zu bemerken, daß die Sache so schnell wie möglich geregelt werden müßte, denn „die Kollegen in Geilnau warten schon darauf, daß sie nach Deheln fahren können“. Wie kommt es denn, daß man in Geilnau schon unter der Hand Arbeiter wirbt und in Deheln sitzen die Familien der Aussperrten, die sich in aller Welt fett der Entlassung durchschlagen müssen?

Wir erwarten von den Kollegen an allen Orten, daß sie Deheln streng meiden, bis die Angelegenheit als geregelt im Fachblatt gemeldet ist. Auskunft erteilt jederzeit die Gauleitung.

## Soziale Schäden des Alkoholismus.\*

Die idealen Bedingungen für das gedeihliche Zusammenleben in einer größeren und kleineren menschlichen Gemeinschaft, im Staate und in der Familie, sind dann gegeben, wenn jeder, der den Schutz der Gemeinschaft genießt, aus vollen Kräften die ihm von der Gemeinschaft auferlegten Pflichten erfüllt und darauf hinarbeitet, möglichst vollkommenes zu leisten; nur auf solche Weise kann sich das Familien- und Staatsleben nach innen und außen als gesund und kräftig darstellen.

Dieses Ideal des Gemeinwesens kann nicht erreicht werden, wenn sich stille Schäden einschleichen und breit machen, welche die Arbeitskraft des einzelnen Menschen lähmen, die Gemeinschaft stören und dem Gemeinwesen Lasten auferlegen, aus denen ein positiver Gewinn nicht zu ziehen ist, Lasten, die vielmehr recht empfindlich vom Vermögen des Staates zehren. Man darf — schon in Rücksicht auf das bisherige Gemeinwesen — wohl mit vollem Rechte auch den Alkohol als einen berartigen Schädling bezeichnen; denn wir wissen, daß durch den Alkoholismus die Leistungsfähigkeit des Menschen nicht erhöht, sondern gemäß dem Ergebnis der psychologischen Experimente nicht unerheblich beeinträchtigt wird; und zwar gilt dies von geistiger wie körperlicher Arbeit; konnte doch Arnekin auf Grund seiner Untersuchungen sagen: „Gerade der Arbeiter, der seinen Lebensunterhalt durch die Kraftleistung seiner Arme gewinnt, zerstört durch den Alkoholgenuß die Quelle seiner Leistungen am gründlichsten.“ — In Feldjügen und bei beschwerlichen wissenschaftlichen Expeditionen machten sich aufs deutlichste die Einflüsse des Weingeistes geltend, welche die Einzelleistung herabdrückten, so daß man längst die Forderung anerkannte, bei solcher Gelegenheit den Alkohol ganz zu vermeiden. Kanfen, der drei Jahre in Nacht und Eis der nördlichen Polargegend zubringen mußte, folgte dieser Forderung; er konnte stolz davon erzählen, welche ausgezeichnete hygienische Verhältnisse bei seiner Mannschaft herrschten und was von ihnen geleistet worden war. Ehrwürdige Bergsteiger stellen, wie wir hörten, vor und während ihrer kühnen Unternehmungen vom Alkoholgenuß ab, um ihre Sicherheit nicht zu mindern; Sportsleute jeder Richtung erkennen heute dieses Prinzip der Entschamtheit an und befolgen es. Ich kenne Letzte in Kantenhäusern, die sonst dem Trunke durchaus nicht abhold sind, welche aber den Alkoholgenuß vermeiden, wenn sie die Reihe des Nachdienstes mit seiner hohen Verantwortlichkeit trifft; dann ist der Juchabende meist allein auf sich angewiesen; es könnte ein Schwerverletzter, ein plötzlich aufs gefährlichste Erkrankter eingeliefert werden und schnellen Entschluß, zielbewusstes Handeln vom Arzte fordern, Eigenschaften, die der Weingeist merklich einzudämmen vermag. — Als im Jahre 1890 die Berliner Dammülarbeiten ausgeführt wurden, konnte der leitende Ingenieur folgendes berichten: „Wir hatten am Sonnabend, den 2. August, eine Hitze von 81 Grad Reaumur. Alle meine Leute larrten und schaukelten, Schrappten und rammten, daß es eine Art hatte. Und das ging bei dieser wahrhaft afrikanischen Hitze nicht nur bis zum Feierabend, sondern meine Leute machten an diesem fürchterlich heißen Tage noch drei Ueberstunden. Das klugst ungläublich, war aber durch ein einfaches Mittel erreicht. Wie es sich bei den Arbeiten an der Passirbahn erprobt, so gab ich ihnen nichts als mit Essig und Zucker verlegtes Wasser zu trinken, Bier oder gar Schnaps unterlagend. Bei einer andern Abtheilung, wo dies nicht verboten war, hörten die Leute ermattet auf.“

Daß die Einzelleistungen ungenügend werden, wenn sie ein Mensch vollbringt, der bereits schwere Organschädigungen durch Alkoholmißbrauch davontrug, ist klar. Und daß die Summe der Einzelleistungen durch häufige Erkrankungen, zeitweise Arbeitsunfähigkeit des Arbeitenden infolge des übermäßigen Genusses von berausenden Getränken herabgemindert wird, liegt ebenfalls auf der Hand. So gibt es auch kaum einen wahnwitzigeren Ausschweifung als den mancher Menschen, die zu schwerer Arbeit angestellt sind und zugleich schwer trinken, wenn man sie fragt, warum sie so viel trinken; die Antwort ist geradezu stereotyp: „Wenn einer so schwer arbeiten soll wie ich, dann muß er trinken der Kraft wegen, er kann sonst nichts leisten!“

Eine sehr große Reihe von Untersuchungen hat es sich zum Ziele gesetzt, die Beziehungen des Alkoholgenußes zum Verbrechen klarzulegen und zahlenmäßig niederzulegen. Dabei hat man gefunden, daß es nicht jene Vergehen und Verbrechen sind, welche einer Ueberlegung, eines feinen durchdachten Plans zur ungekürzten Vollendung bedürfen, die man dem Alkohol zur Last legen kann. Nein, es sind Vergehen, die im Affekt zustande kommen, Verbrechen, die triebartig, rasch ausgeführt werden; rohe, gemaltene Handlungen sind es, die, wie Schaffenburg darthut, nach Art einer Wahlfrektion unternehmen werden. Dinge und Anlässe, die bei ungekürzter Strätigkeit den Menschen kalt liegen, ihn höchstens veranlassen könnten, sie durch Ausweichen zu meiden, durch ruhige Worte aus der Welt zu schaffen, reizen den im Alkoholbann stehenden zu jähem Worten und unfinnigen Gewalttaten hin. Mord, Todschlag, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, grober Unfug aller Arten, Notzuchtverbrechen, Sittlichkeitsvergehen kommen hier zu meist in Betracht, obwohl auch die übrigen Verbrechen wie Diebstahl, Betrug und Fälschung usw. oft genug von Alkoholikern begangen werden, zum mindesten durch entartete Menschen auf Grund elterlicher oder eigener, zur Zeit der Straftat nicht hervorgetretener Trunksucht; denn die Statistik weist bei 30 bis 70 Prozent der Verbrecher und der zur Zwangsverziehung gelangten Jugendlichen Trunksuchtigkeit der Eltern nach. A. Baer, der das erste klassisch gewordene zusammenfassende Buch über Alkoholismus schrieb, ermittelte 1874 an 82 837 Gefangenen in 120 deutschen Anstalten die Lebensgeflogenheiten und die Umstände, unter denen sie ihre Straftat begingen. Das Ergebnis warf ein höchst ungünstiges Licht auf den Alkoholgenuß.

Aus einer schematischen Darstellung Baers, der die Feststellungen an 8087 männlichen Personen in Gefängnissen zugrunde liegen, geht hervor, daß der Gelehenheitsrunz, das ist der Anteil des Alkoholmißbrauchs, vor der Tat nachzuweisen war zum Beispiel: bei Hausfriedensbruch in 94,2 Prozent, Körperverletzung in 81,7 Prozent, Sittlichkeitsvergehen in 73,8 Prozent Fällen. Dagegen waren unter den wegen Hausfriedensbruchs, Widerstands, Körperverletzung und Sittlichkeitsverbrechen Inhaftierten bedeutend weniger Gelehenheitsrunzer.

Man hat sich auch für die geographische Verteilung der Straftaten, die in Frage kommen, interessiert und konnte konstatieren, daß zum Beispiel die gefährlichen Körperverletzungen sich am häufigsten dort finden, wo der meiste Bier-, Wein- und Schnapskonsum nachzuweisen ist. 1882—1893 trafen im Deutschen Reich durchschnittlich auf 100 000 strafmündige Personen 168 Körperverletzungen, jedoch war an den Orten mit entsprechendem Alkoholkonsum das Verhältnis viel ungünstiger.

Eine im 4. Bande des Reichsarbeitsblatts mitgeteilte Statistik zeigt, daß für die Zeit 1898—1902, in der das Verbrechen der gefährlichen Körperverletzung unter 100 000 Menschen im Reichsdurchschnitt 290mal zur Aburteilung gelangte, in England mit bedeutendem Weingeistkonsum diese Urteilssiffer erheblich höher war; sie erreichte in der Pfalz die Höhe von 633, in Niederbayern von 565, in Mannheim von 481 und in Opein von 481. Dies besagt, daß „in den östlichen Grenzgebieten des Reichs, noch mehr in Bayern, das durch sein Bier berühmt ist, vollends in der durch reichlich und

\* Wir entnehmen diesen Auffah dem 108. Bändchen der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt: Der Alkoholismus. Von Dr. Georg B. Gruber in München (Verlag von V. G. Teubner in Leipzig und Berlin. Mit 7 Abbildungen im Text. Preis geb. 1 Mt., in Leinwand geb. 1.25 Mt.), das eine wissenschaftliche Darstellung der Alkoholfrage gibt, indem es nach einem historischen Ueberblick die physiologischen, pathologischen, generativen und sozialen Wirkungen des Alkohols vor allem auf Grund der Resultate experimenteller Messungen und Untersuchungen darstellt und endlich die zur Bekämpfung der Schäden des Alkoholismus getroffenen und zu treffenden Maßnahmen erörtert.

billigen Wein ausgezeichneten Pfalz und in andern Gebieten des Rheins das Uebermaß des genossenen Alkohols in der Häufigkeit des typischen Affektverbrechens deutlich zum Ausdruck kommt.

Kürzlich hat für Körperverletzungen den Tator und den Tag ermittelt; das Ergebnis läßt das Wirtschaftsamt als die Hauptstätte des Verbrechens erkennen und zeigt, daß die Sonntage (auch die Feiertage) außerordentlich belastet sind, daß die Zahl der Verbrechen bis Donnerstag abnimmt, um schon am Freitag, das ist am Tag vor der Vollerhebung, wieder zuzunehmen. Warum gerade Sonn- und Feiertage mit so zahlreichen Rohheitsdelikten befallen sind, ist ohne weiteres klar, wenn man die Gepflogenheiten der niederen, auch mancher höheren Klassen (Studenten) kennt, die den Ruhetag beim Trunke verbringen und unter dem Einfluß des Getränks sich zu Gewalttaten hinreißen lassen.

Eine Statistik des Jahres 1893 gibt darüber Aufschluß, wie weit das alkoholfreudige Studentenium kriminell in Betracht kommt; die Sachbeschädigungen sind bei Studenten doppelt, Gewalt und Drohung gegen Beamte dreimal, Beleidigung einunddreißigmal, Körperverletzung und Hausfriedensbruch beinahe ebenso häufig wie bei der allgemeinen Bevölkerung, während Betrug und Diebstahl bei ihnen kaum in Betracht kommen (Soppe).

Nach all dem bisher Mitgeteilten ist es eine zwingende Notwendigkeit, daß in Gefängnissen und auch in Irrenanstalten, die dem Staate so enorme Kosten verursachen, ein großer Teil von Menschen sich befinden, die ihre Unfreiheit dem Alkohol verdanken.

Es wäre interessant, zu erfahren, wie hoch die Summe sich beläuft, die innerhalb der deutschen Reichsgrenzen während eines Jahres im Zusammenhang mit Alkoholschäden ausgegeben wird, also für Rechts-, Kranken- und Irrenpflege aus Armenkassen, ferner von den verschiedenartigen Versicherungen, die hier in Betracht kommen. Ob diese Summe nicht die drei Milliarden in Schatten stellen möchte, welche die Deutschen alljährlich gemäß dem Nachweis über indirekte Steuern für Alkoholisat verausgaben?

## Das Berliner Steinseher-Gewerbe im Jahre 1911.

Obwohl im allgemeinen das verfloßene Jahr fast auf allen Gebieten unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Fortschritts stand, läßt sich diese Tendenz im Berliner Steinsehergewerbe nicht feststellen. Der soeben erschienene Bericht der Berliner Handelskammer enthält in dieser Hinsicht recht interessante Mitteilungen, indem er ausführlich für die Unternehmungen, die den Straßen- und Wegebau betreiben, war das Berichtsjahr nicht günstig, besonders soweit das eigentliche Steinsehergewerbe in Betracht kommt.

Die Preise für Rohstoffe, mit Ausnahme des Zementes, sind im Berichtsjahre gestiegen, die Pflastersteinepreise besonders gegen Ende des Jahres, namentlich wegen der erhöhten See- und Flußfrachten. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern befristeten die ersteren; die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen sind durch den laufenden Tarifvertrag geregelt.

In einem erheblichen Teile Groß-Berlins hat der Stampf Asphalt das Steinpflaster fast völlig verdrängt. Trotz mancher Unterbietungen haben sich die Asphaltpreise im allgemeinen auf der vorjährigen Höhe gehalten. Die Asphaltwerke waren gut beschäftigt. Holzpflasterungen sind nur in beschränktem Maße ausgeführt worden. Man verwendet sie, wie bisher, in Groß-Berlin nur zu Brückenbelägen und bei starken Steigungen zwischen Asphaltstreifen.

Zerematadam, der im Auslande sehr beliebt ist und in großem Umfang angewendet wird, hat sich auch in Groß-Berlin, namentlich in den Vororten, Eingang verschafft und verspricht, in Zukunft im Straßenbau eine größere Rolle zu spielen. Auch die deutsche Pflastersteinindustrie war im Berichtsjahre gut beschäftigt und erzielte bessere Preise als im Vorjahre.

Die Ausschichten für 1912 werden als nicht günstig bezeichnet, da die Einführung der Wertzuwachssteuer die Erschließung neuer Baugelände hintanhält und durch die Verteuerung der Rohmaterialien die Preise für die mit Betonunterlage versehenen Stampf asphaltstraßen in die Höhe getrieben werden.

Wenngleich die Berliner Handelskammer gerade in bezug auf das Steinsehergewerbe wenig günstige Aussichten für das laufende Jahr erblickt, so möchten wir doch die Hoffnung aussprechen, die Folgen des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs auf diesem Gebiete bald deutlicher bemerken zu können. Man darf nicht vergessen, daß Groß-Berlin (namentlich in den Vororten) ständig an Ausdehnung zunimmt. Damit wächst natürlich sowohl das Bedürfnis nach Pflasterungen neuer Straßen als auch infolge der vermehrten Straßenflächen die jährlich für Erneuerungen und Erhaltung des Pflasters erforderlichen Aufwendungen vermehren.

Wenn auch die vorher erwähnten Umstände die beobachtete Einschränkung der Pflasterarbeiten verständlich machen, so können diese Bemerkungen naturgemäß doch nicht allzu lange anhalten. Will man das abgelaufene Jahr richtig würdigen, so muß man immer bedenken, daß z. B. der Güterverkehr auf den deutschen Eisenbahnen fast 1,553 Milliarden Mark gegen etwas über 1,713 Milliarden Mark im Vorjahre an Einnahmen erbracht hat. Abgesehen von diesem Grabbasse der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich das erfreuliche Bild des allgemeinen Aufschwungs in der Zunahme der Gesamteinfuhr, die von 8,9 Milliarden Mark im Jahre 1910 auf 9,5 Milliarden Mark im Berichtsjahre stieg, während der Wert der ausgeführten Waren um 600 Millionen Mark die Ausfuhr des Vorjahres in Höhe von 7,5 Milliarden Mark übertraf.

## Von der Tarifpolitik im Malergewerbe.

Wichtige Ereignisse bereiten sich im Maler- und Lackierergewerbe vor. Der zwischen dem Unternehmerverband und dem Arbeiterverband Anfang 1910 abgeschlossene Tarifvertrag geht seinem Ablaufstermin entgegen; kein Wunder, daß das in den beteiligten Kreisen lebhaftes Interesse weckt. Der Unternehmerverband für das Malergewerbe hat sich bereits mit dem Bauernverband kartelliert. Er sucht jetzt seine Mitglieder mit den schwarzen Plänen des sozialdemokratischen Gehilfenverbandes schach zu machen. Seine Absicht aber, die mit den Bauunternehmern eingegangene Verpflichtung zu erfüllen, d. h. den bisher sechs Wochen früher als im Baugewerbe festgesetzten Ablaufstermin des Malertarifses gemeinsam auf den 1. April zu verlegen, verrät deutlich, wo die Pläne geschmiedet werden.

In Wahrheit soll durch die gekennzeichnete Taktik nur die Unzufriedenheit im Unternehmerlager über die durch den Abschluß des Reichstarifs so ganz und gar nicht in Erfüllung gegangenen woffigen Versprechungen unterdrückt werden, denn tatsächlich hat der Reichstarif die Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe nicht verschlechtert. Die durch ihn eingetretenen materiellen Verbesserungen werden von vielen Unternehmern in ihrer sozialpolitischen Rawität als bitteres Unrecht empfunden. Auch über die Tarifinstanzen ist so mancher Unternehmer ungehalten, weil sich die darin sitzenden Unparteiischen nicht mißbrauchen ließen, den klaren Tarifbestimmungen und einfachsten Rechtsgrundsätzen entgegen zugunsten der Unternehmer zu entscheiden, und das, obgleich einige Unternehmerrührer die gewaltigsten Auslegungskünste und Obstruktionsmanöver zur Anwendung brachten.

Größten Widerstand leisteten die vereinigten Unternehmer der Einführung der nach dem Reichstarif anzuknüpfenden paritätischen, obligatorisch zu benutzenden Arbeitsnachweise, als einer vermeintlichen Wasser zur Stärkung der Gehilfenorganisation. Doch auch hier geht es vorwärts. Denn trotz aller Gegenwehr sind bereits und meist ohne den eigentlich erforderlichen Segen des Unternehmerverbandes — in den verschiedenen Städten solche Nachweise eingerichtet worden. Besonders ist Hamburg zu erwähnen, wo erst gewisse Preisformeln in Anwendung kommen mußten, um die tariflichen Abmachungen zu erzwingen.

So hat denn der Vertrag die Gehilfen des Malergewerbes erkennen lassen, welche verdächtige Tarifreue die sich mit ihrer Friedensliebe und Tarifreue brüsten Unternehmern eigentlich sind und wie nötig es ist, allen Gelüsten auf eine Verschärfung der gewonnenen Position jederzeit in geschlossener Organisation entgegenzutreten zu können.

Darum ist auch der Verband der Maler während der Vertragsdauer nicht müßig gewesen. Er hat seine Mitgliederzahl seit dem Jahre 1909 von 39 201 auf 47 315 erhöht. Seine jährlichen Einnahmen stiegen von 975 317 M. im Jahre 1909 auf 1 225 628 M. im Jahre 1911 und die Ausgaben in dieser Zeit von 660 206 M. auf 831 370 M. Das Vermögen des Verbandes erhöhte sich von 1 097 966 M. auf 1 729 689 M. Unter anderem wurden verausgabt im Jahre 1911 für Krankenunterstützung 127 302 M., für Sterbeunterstützung 17 988 M., für Reiseunterstützung 18 803 M., für Streiks und Aussperrungen 48 975 M., für Gemahregelte und Rechtschutz 9315 M.

In den beiden Vertragsjahren wurden folgende Lohnbewegungen durchgeführt: im Jahre 1910: 67 Streiks und Aussperrungen in 336 Betrieben für 2071 Beteiligte, im Jahre 1911 ebenfalls 67 Bewegungen in 401 Betrieben für 2191 Beteiligte; davon entfällt ein größerer Teil allerdings auf die Lackierer in Industriebetrieben, wo infolge der guten Konjunktur und der ebenfalls gestärkten Organisation mehr als früher unternommen werden konnte. Als Lohnbewegungen ohne offenen Kampf konnten erledigt werden im Jahre 1910: 309 an 477 Orten in 17 070 Betrieben mit 38 415 Beteiligten; im Jahre 1911: 76 Bewegungen an 80 Orten in 1042 Betrieben für 2862 Beteiligte. Durch die Lohnbewegungen und Kämpfe wurden durchgeführt im Jahre 1910 für 59 772 Gehilfen wöchentlich 94 698 M. Lohnerhöhung und für 24 049 Gehilfen 25 177 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverlängerung; im Jahre 1911 für 4189 Gehilfen 8422 M. pro Woche Lohnerhöhung und für 2056 Gehilfen 5778 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverlängerung.

Scholarische wurden abgeschlossen im Jahre 1910: 304 für 17 128 Betriebe mit 58 670 Beschäftigten; im Jahre 1911: 79 Tarife für 1281 Betriebe mit 3256 Beschäftigten. Daraus entfallen auf den Reichstarif im Jahre 1910: 16 760 Betriebe mit 57 349 Beschäftigten; im Jahre 1911: 498 Betriebe mit 1326 Beschäftigten. — Täglich der Verband der Maler auf dem Gebiete des Tarifwesens bisher gewesen ist — die jetzt sich so tariffreundlich gebenden Unternehmer sind eingestandenermäßen zu dieser Stellung erst durch die Gehilfenorganisation gezwungen worden — beweist, daß 1911 im Malergewerbe 374 Tarife für 18 182 Betriebe und 61 059 Beschäftigte Geltung hatten.

Die Malermeister werden also weiter versuchen, gestützt auf die Kartellierung mit den Bauunternehmern, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu erreichen. Trotzdem hat der Unternehmerverband erleben müssen, daß sich von ihm ein neuer Verband abgespalten hat, der mehr auf die größeren Firmen zugeschnitten ist und in gewerblichen Fragen größeren Weitsicht besitzt. Um sich für diesen Verlust schadlos zu halten, protegierten einige Unternehmer neuerdings die christlich-organisierten und anarchistischen Feinde einer geschlossenen Gehilfenorganisation, natürlich ohne Erfolg.

Die so geschaffene Situation veranlaßte den Verband der Maler, in eine besondere Agitation einzutreten. In der Zeit vom 4. bis 12. Mai werden zunächst in 210 Versammlungen in allen namhaften Orten die bevorstehenden Ereignisse, besonders aber die Tarifpolitik der Arbeitgeberverbände eingehend erörtert werden.

## Eine Eigenart des amerikanischen Gewerkschaftswesens

ist die „Gewerkschaftsmarke“, ein Abzeichen, das auf Waren angebracht wird, die organisierte Arbeiter erzeugten.

Wir entnehmen dem Bulletin der Internationalen Holzarbeiter-Union darüber folgendes: „Diese wurde die Gewerkschaftsmarke als ein Mittel benutzt, um an das Publikum gegen allgemein mißbilligte Zustände zu berufen, wie Heimarbeit, Gefängnisarbeit usw.; nun wird sie hauptsächlich benutzt, um an die Gewerkschafter zu appellieren, andre Gewerkschaften dadurch zu unterstützen, daß sie nur solche Waren kaufen, welche die Marke tragen. Die Gewerkschaftsmarke wurde zuerst 1875 vom Zigarrenmacherverein an der Pazifikküste angewendet, um seine Mitglieder gegen die chinesische Konkurrenz zu schützen. Im Jahre 1879 führte die Internationale Union der Zigarrenmacher eine Gewerkschaftsmarke ein und ihr folgten 1884 die Ritter der Arbeit, 1885 die Hutmacher und die Deutsch-Amerikanische Typographie, 1886 die Internationale Typographen-Union, die Konfektionskleidermacher, Schneider, Wäcker und Hütler, 1887 die Schuhmacher und Eisenzieher. In keiner dieser Gewerkschaften war jedoch die Marke bis 1890 von Bedeutung. Im Jahre 1910 waren dem Amerikanischen Arbeiterbund 120 internationale Verbände angeschlossen, wovon 61 Gewerkschaftsmarken und 10 „Geschäftsarten“ benutzten, die demselben Zweck dienen wie die Marken. Der Besitzer eines Friseurgeschäftes z. B., der organisierte Gehilfen beschäftigt, kann die „Geschäftsarte“ der Frisuren in seinem Laden oder Schaufenster aufstellen. Die Gesamtzahl der Mitglieder jener Gewerkschaften, welche Gewerkschaftsmarken benutzten, betrug 750 000 oder ungefähr 50 Prozent der Mitgliederzahl des Amerikanischen Arbeiterbundes überhaupt.

Bei den amerikanischen Gewerkschaften bildete sich nach und nach die Taktik heraus, die Beschäftigung ihrer Mitglieder oder die Verwendung der Gewerkschaftsmarke nicht zu gestatten, außer in den Werkstätten, wo die gewerblichen Regeln der Gewerkschaft festens des Unternehmers anerkannt werden und wo alle in ihren Organisationsbereich gehörigen Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaft sind. Solche Betriebe sind als „Unions Shops“ bekannt. Die Hauptgründe, welche die Gewerkschaften dazu führten, auf der ausschließlichen Beschäftigung ihrer Mitglieder zu bestehen, sind: 1. Vermehrung der Zahl der Organisierten, indem die Erlangung der Mitgliedschaft zur Vorbedingung der Beschäftigung gemacht wird; 2. soweit als möglich Ausschließung gewisser Arbeiter von der Beschäftigung im Gewerbe.

Die „Union Shop-Regel“ dient auf zweierlei Art als Mittel, um Berufscollegen zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu bringen. Wenn erstens die Gewerkschaft einen Betrieb einmal „unionisiert“ hat, so ist sie durch das Erfordernis der ausschließlichen Beschäftigung Organisierten in der Lage, jeden Arbeiter aufzunehmen, der nachher in den Betrieb eingestellt wird. Damit bewirkt die Regel die Erhaltung des einmal gewonnenen Einflusses.

Andererseits ist diese Regel ein Mittel, um Betriebe zu „unionisieren“. Wenn ein Ortsverein einen großen Teil des Arbeitsmarktes beherrscht, wenn z. B. einem Gemeinwesen drei Viertel aller Arbeiter eines bestimmten Berufs angehören, so sind sowohl die nicht organisierten Arbeiter, wie die Unternehmer, die sie beschäftigen, entschieden im Nachteil. Ein Nichtverhandler, der den Mindestlohn zu verdienen vermag, wird gern bereit sein, sich die weitere Beschäftigungsmöglichkeit zu sichern, die der Organisierte hat. Unter den gleichen Umständen kann der Unternehmer, der Nichtverhandler beschäftigt, bei schlechtem Geschäftsgang nicht so ohne weiteres Entlassungen vornehmen und seine Ausgaben reduzieren, als er es sonst täte, weil er wegen des auf Nichtverhandler beschränkten Arbeitsangebots sein Personal nicht leicht erneuern kann.

## Korrespondenzen.

Beuga. Am 5. Mai tagte im Kasino eine außerordentlich stark besuchte Steinarbeiterversammlung. Als Schriftführer wurde Kollege Adler gewählt. Der Vorsitzende schilderte die Folgen und Wirkungen des durch Arbeitsruhe gefeierten 1. Mai. Auch kritisierte er das Verhalten der Kollegen, welche für die Arbeitsruhe am 1. Mai gestimmt, aber den Beschluß nicht oder nur mangelhaft durchgeführt haben. Dies ist in den Betrieben von Daul u. Tollert und Günther u. Fiedler der Fall, besonders im Betriebe Günther u.

Fiedler tanzten die Kollegen nach der Pfeife des Herrn Günther. Wurde doch durch das schnelle Auftreten des Herrn Günther die in seinen Betrieben beschlossene Arbeitsruhe am 1. Mai illusorisch gemacht. Der Unternehmer Preißer hatte sogar Geld und einen Familienabend versprochen, wenn die Arbeiter am 1. Mai arbeiteten. Dieses Verlangen ist aber glatt zurückgewiesen worden. In sämtlichen Betrieben wurden die Mitarbeiterinnen mit zweitägiger Aussperrung bestraft. Den Aussperrten wird eine Unterstützung von 2 Mark pro Tag aus der Lokalkasse gewährt. Gegen die durch die Unternehmer geheim abgeschlossene Sperre der Betriebe gegen die Arbeiter wurde genügend Material vorgebracht. Ist es doch den Kollegen geradezu unmöglich gemacht, in einem andern Betriebe am Orte Arbeit zu erhalten. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 5. Mai im Kasino zu Beuga tagende, außerordentlich stark besuchte Steinarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Kampfweise der Beugaer Steinbruchbesitzer der organisierten Arbeiter gegenüber. Die Versammlung mißbilligt es auf das Schärfste, daß die in Frage kommenden Unternehmer den Arbeiter in seiner Freizügigkeit hindern, indem sie durch ein gegenseitig geheim abgeschlossenes Abkommen sich verpflichtet haben, Leute, welche aus den Beugaer Betrieben kommen, nicht einzustellen. Die Versammlung beschließt, als Gegenmaßregel, die Sperre über die in Frage kommenden Betriebe zu verhängen.“ Der Lokalausschlag wird ab 1. Juli dieses Jahres von 5 auf 10 Pfg. erhöht.

Bernburg. Von der am 1. April gegründeten Zahlstelle fand am 4. Mai die erste gutbesuchte Mitgliederversammlung im Gasthof zum deutschen Kaiser statt. Dieselbe besaßte sich zuerst mit dem Kartellanschluß, womit alle Kollegen einverstanden waren. Weiter wurde noch beschlossen, daß die Mitgliederversammlungen nicht nur in Bernburg, sondern auch in Gröna und Aderstedt stattfinden sollen. Dann erwähnte der Vorsitzende, daß sich die Mitglieder doch auch der Partei anschließen möchten, und sich immer an jeder Versammlung recht zahlreich zu beteiligen. Für den Steinarbeiterverband ist hier ein guter Boden vorhanden. Die Kollegen verfolgen mit großem Interesse, wie es in der deutschen Steinindustrie mit dem Verbände vorwärts geht. Besonders interessiert es die Kollegen sehr, daß in einer Reihe von Pflastersteinbrüchen Tarife mit gutem Erfolge zum Abschluß gebracht werden konnten. Wir werden hier alles tun, um die Zahlstelle zu stärken und die Interessen der Mitglieder zu wahren.

Darmstadt. Am Sonntag, den 5. Mai, hielten wir unsere schwach besuchte Monatsversammlung im Gewerkschaftshause ab. Von mehreren Kollegen wurde gerügt, daß sich bei dem Agitationsparadezug vom 28. April nur wenige Kollegen an der Zusammenkunftstelle eingefunden hatten. Einstimmig wurde beschlossen, einem die folgenden ausgesperrten Kollegen eine Unterstützung von 5 Mark pro Woche aus der Lokalkasse zu geben. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem Steinmetz Franz Reibel aus Großzimmern, welcher als Arbeitswilliger bei der gesperrten Firma Ludwig West in Darmstadt seine Kenntnisse in klingende Münze umsetzt, und ist derselbe aus dem Zentralverbande der deutschen Steinmetzen ausgeschlossen. Zum Schluß wurde beschlossen, daß das diesjährige Frühlingsfest ausfällt, hingegen sich die Kollegen aber an der demnächstigen Flugblattverbreitung recht zahlreich beteiligen möchten.

Dornberg-Weimar. Am 8. Mai tagte in Weimar bei Gastwirt Thielemann eine sehr stark besuchte Versammlung. Es waren ca. 300 Kollegen erschienen, trotz des schlechten Wetters, und viele hatten noch einen weiten Weg nach Hause. Kollege Biewig war erschienen und hielt einen sehr interessanten Vortrag über Entlohnung der Arbeiter, Submissionen, Prämienystem, Teilarbeit, Lohnbewegungen usw. Er erzielte reichen Beifall. Zur Diskussion meldete sich keiner. Dann kam Gewerkschaftliches. Bei Punkt Ueberstunden entspann sich eine lebhafteste Debatte. Schließlich einigte man sich, 14 Tage die Ueberstunden zu machen zu 48 Pfg. Nur würde mehr von der Firma darauf zu achten sein, daß auch genügend Material vorhanden ist. Es kamen dann noch verschiedene andre Punkte zur Erledigung: nämlich die Wahl eines Kartellbelegierten. Gewählt wurde Kollege Wilhelm Schäfer, als Stellvertreter Raffner H. Borleis. Dann kam die Besprechung eines Sommerfestes an die Reihe. Es wurde eine dementsprechende Kommission gewählt, die die Sache in die Wege leiten soll. Es wurde der 7. Juli zur Abhaltung des Festes angefeht.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In Darmstadt wurde der Steinmetz Franz Reibel, geboren am 19. Oktober 1860 zu Groß-Zimmern, aus dem Verbände ausgeschlossen. Betroffener arbeitet in einem für organisierte Arbeiter gesperrten Betriebe.

## Unser fünfter Verbandstag in München.

Erster Verhandlungstag.

Der fünfte Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands wurde heute vormittag im Rathhäuserbräu vom Verbandsvorsitzenden Starke-Leipzig mit herzlichsten Begrüßungsworten eröffnet. Die Tagung ist von 60 Delegierten, vier Vorstandsmitgliedern und zehn Gauleitern besucht. Die Reklamation des Verbandsorgans vertritt Staubinger-Leipzig, den Ausschuß Eisner-Dresden, die Revisionskommission Kampfrad-Leipzig, die Generalverwaltung Knoll-Berlin. Der ungarische und der österreichische Bruderverband haben die Kollegen Müller-Wien und Kies-Budapest als Gäste gesandt. Als Vorsitzende werden Eisner-Dresden und Müller-Striegau, als Schriftführer Hippel-Aue und Erlacher-München ernannt.

Verbandsvorsitzender Starke-Leipzig erstattete hierauf den Geschäftsbericht. Er betonte einleitend, mit einer gewissen Genugtuung hierher gekommen zu sein, um über die zwei letzten Jahre Bericht zu erstatten. Etleg doch die Mitgliederzahl in der Berichtsperiode um fast 60 Prozent. Nebner gab eine historische Schilderung der Entwicklung der Steinarbeiterbewegung. Vor bald zehn Jahren wurde der Zentralverband geschaffen. Da zählte er 6000 Mitglieder, heute sind es aber 29 000! Starke verwies in seinen weiteren Ausführungen auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und behandelte noch einige Punkte — wie Agitation, Tarifwesen, Lohnbewegungen, Grenzstreitigkeiten — etwas ausführlicher. Bei der Agitation wurde auch großes Gewicht darauf gelegt, die fremdsprachlichen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. — Die gegnerischen Organisationen, der christliche Keram- und Steinarbeiterverband, der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft und die katholischen Facharbeiter, machen sich in der Steinindustrie, von ersterem abgesehen, wenig bemerkbar. In Württemberg und Schlesien haben die Hirsch-Dunderschen einige Steinarbeiter als Mitglieder. Die katholischen Facharbeiter sind mit ihren Mitgliedern in der Steinindustrie nur auf einige Orte in der Rheinprovinz beschränkt. Die Erörterung der Berichtsangelegenheiten hielt der Nebner für nicht aktuell für den Verband. Zum Schluß seiner Ausführungen ging er auf die zu diesem Punkt gestellten Anträge ein, und begründete den Vorstandsbeitrag auf Einlegung eines Vertrags. Dieser soll vom Vorstand, dem Redakteur, dem Ausschußvorsitzenden und 15 Kollegen aus den Mitgliederkreisen gebildet werden. Der Beitrag hat bei wichtigen Fragen der Taktik, bei Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen zu entscheiden.

Den Kassenbericht gab dann Geiß-Leipzig. Die wichtigsten Zahlen haben wir bereits gebracht. Bemerkenswert ist, daß der Kassenbestand, das Vermögen der Hauptkasse im 1. Quartal 1912 von 589 000 M. auf 624 000 M. gestiegen ist. Der Kassierer klagt, wie vorher auch Starke, über Ueberlastung der Beamten im Hauptbureau, die Anstellung einer weiteren Kraft sei nötig. Für die Reklamation berichtete Staubinger-Leipzig, der erklärte, bemüht gewesen zu sein, das Verbandsorgan in populärer

Weise zu redigieren. Es müßte berücksichtigt werden, daß 80 Proz. der Mitglieder in ländlichen Gegenden leben. Einwendungen gegen die Redaktionsführung wurden nicht erhoben. Die Auflage des Steinarbeiters ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Ende 1911 betrug sie pro Nummer 3000 Exemplare. Die Mitarbeiterzahl aus Kollegenkreisen lasse viel zu wünschen übrig. Auch die Galleiter müßten mehr mitarbeiten. Staudinger präpariert zum Schluß seinen Standpunkt zu den vorliegenden Anträgen.

Für die Revisoren berichtete K a m p f r a d - Leipzig, daß Kasse und Bücher immer in bester Ordnung befunden wurden.

Nach dem Bericht des Ausschussvorsitzenden E l s n e r - Dresden hatte der Ausschuss in der Berichtszeit 36 Beschwerden zu erledigen, die aber kein Allgemeininteresse haben.

An die Berichte schloß sich eine Debatte, die morgen fortgesetzt wird.

### Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Geschäftsberichte, die schon gestern abend begonnen, war sehr ausgezehrt. Die Ausführungen eines großen Teils der Redner waren sehr kritisch gestimmt. Der Tätigkeit des Hauptvorstands im allgemeinen wurde ja Anerkennung gezollt, doch fand das Verhalten des Vorstands bei verschiedenen Vorgängen, besonders bei Bewegungen, zum Teil scharfe Kritik. Eine vom Vorstandsvorsitzenden Starke in seinem Bericht so nebenbei gemachte Bemerkung, die Zukunft des Verbands liege auf dem Lande, rief den Widerspruch s ä d t i s c h e r Vertreter hervor. Diese und die norddeutschen Sandsteinarbeiter fühlen sich zu wenig vom Vorstand berücksichtigt. Die Schaffung eines Beirats fand Zustimmung, aber auch Widerspruch. Die Opponenten meinen, der Beirat solle nur eine Rückenstütze für den Vorstand bilden, auf diesen werde dann alles abgewälzt. Von andern Rednern wurde dagegen hervorgehoben, daß durch den Beirat das Mitbestimmungsrecht der Kollegen gehoben werde. Die Verschmelzungsfrage berührten fast alle Redner. Die Delegierten aus den Städten sprachen meist für, die ländlichen Delegierten meist gegen die Verschmelzung mit den Bauarbeitern. Es sei nicht richtig, daß diese Frage für den Verband nicht aktuell wäre, wie Verbandsvorsitzender Starke ausführt; liege auch die absolute Notwendigkeit für die Verschmelzung noch nicht vor, so werde doch einmal ein zwingendes Bedürfnis kommen. So werde auf der einen Seite betont, während die andere Seite erkläre, es sei gar keine berechtigte Veranlassung für die Verschmelzung vorhanden.

Aus der Debatte heben wir noch hervor: Melchior-Hbg. polemisierte gegen die Stellung Starkes zur Verschmelzungsfrage und begründete einen Antrag, nach dem der Vorstand, wenn er die Genehmigung zu einem Streit verweigert, vorher ein Mitglied der örtlichen Verwaltung zu einer Vorstandsitzung einladen muß. Steinecke-Dresden kritisierte die Haltung des Vorstandsvorsitzenden bei den Verhandlungen über den Abschluß des Normaltarifs für die sächsische Sandsteinindustrie. Starke habe ihnen hier die Waffen aus der Hand gefehlet. K n a u s - Feilbrunn wandte sich gegen die Behauptung eines Vorredners, daß das Land gegenüber der Stadt vom Vorstand bevorzugt werde. Der umgekehrte Vorwurf sei früher von ländlichen Vertretern erhoben worden. Die Zukunft des Verbandes liege tatsächlich auf dem Lande, weil dort die große Masse der Kollegen wohnt und arbeitet. Schlegel-Beucha bemängelt, daß das Verbandsorgan nach dem Jänner Paritätstage einen Artikel brachte, in dem alibewährte Genossen (Vensch, Ledebour und Liebtnecht) angegriffen wurden. Die Granitsteinarbeiter könnten einer Verschmelzung nicht zustimmen. Weidenhammer-Hemsbach trug Wünsche über die Ausgestaltung des Opereto, des Organs für die italienischen Bauarbeiter, vor. W ö l f e l s n e i d e r - Höchst i. D. wünscht, daß in Hessen mehr Mittel für die Agitation zur Verfügung gestellt werden. Da seien noch viele Mitglieder zu gewinnen. Die Kollegen der Parteinindustrie seien gegen die Verschmelzung. G ö r i n g e r - Straßburg meinte, die letzte große Bauarbeiterausperrung, von der auch viele Kollegen betroffen wurden, habe die Notwendigkeit der Verschmelzung gezeigt. K i e - Nürnberg schlägt vor, daß zunächst mit den verbannten Gewerkschaften Kartellverträge abgeschlossen werden. K l i n g e n b e r g - Hedenbach regte an, daß kleinere, beieinander liegende Zahlstellen sich zusammenschließen.

Das Vorstandsmittglied S i e b o l d - Leipzig verteidigt die Einsetzung eines Beirats. Der Vorstand wolle die Verantwortung nicht abwälzen, er habe geglaubt, damit den Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen. Durch den Beirat solle doch die Führung mit den Mitgliedern eine größere werden. Zur Kritik an dem Vorstand hätten nur kleinliche Angelegenheiten Anlaß gegeben. Redner geht des weitern auf einige Beschwerden ein und verteidigt die Haltung des Vorstandes.

In der weiteren Debatte wurden neue Argumente nicht aufgeworfen. Insgesamt kamen 55 Redner zum Wort, dann war die Diskussion erschöpft. Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

### Rundschau.

Herr Fromm fühlt sich wohl im eigenen Schmutz. Die Zentrumsgerichtshof sind zweifellos tüchtige Leute. Bei jeder Gelegenheit weisen sie sich dem Unternehmertum, direkt oder indirekt, an den Hals; so insbesondere haben sie dieses wiederum beim letzten Bergarbeiterstreik bewiesen. Ein gewisser Martin Fromm, natürlich ein waschechter Zentrumsjüngling, leitet nun die „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ und „vernichtet“ dabei ständig unsern Verband. — Unsern Redakteur Staudinger hat jener großmütige Geld der Feder schon zum zehnten Male verpfändet, wenn man dem waschechten Zentrumspapier Glauben schenken darf. In der letzten Nummer jenes verlogenen Blattes wird nun aus dem Unternehmerblatt, dem „Steinbildhauer“, eine Kotiz abgedruckt, um den „Steinarbeiter“ als sozialdemokratisch hinzustellen. Fromm muß schon vollständig der geistigen Degenerierung verfallen sein, wenn er als Arbeiterführer sich gegenüber uns auf das stützt, was die Unternehmerpresse schreibt. Auf die Flegeleien des „Steinbildhauers“ haben wir seinerzeit nicht geantwortet, weil uns hierbei der Raum des „Steinarbeiters“ viel zu sehr gedauert hätte. Wir konstatieren nur, daß sich hier wiederum zeigt, daß Fromm, mit den Subjekten der gelben Berufsorganisationen, welche teilweise von den Unternehmern ausgehalten werden, so ziemlich in Reih und Glied marschieren. Den pp. Fromm mag es ja vor einigen Wochen sehr geschmezt haben, daß er in demütiger Weise vor dem Leipziger Schöffengericht die absurden Kümmeleien gegenüber dem Kollegen Starke zurücknehmen mußte. — Die paar christlich organisierten Steinarbeiter sind wirklich zu bedauern, daß in der Köhner Redaktion ein solcher Phrasenhans, ohne jegliche Kenntnisse der steinindustriellen Struktur, sein Unwesen treiben kann. — Unser Verband schreitet in seiner Entwicklung rüstig vorwärts, auch wenn das „Zentrumsmännlein“ noch so sehr rasiert. — Wenn es gelegentlich wieder nötig ist, so geben wir dem p. Fromm abermals eins aufs Maul, damit dem „famosen“ Arbeiterführer in Erinnerung bleibt, daß wir noch frisch und munter sind.

Jahresermäßigung für Arbeitnehmer zur Bayerischen Gewerkschaft in München. Arbeitnehmer, die Mitglieder von Krankenkassen im Sinne der reichsgesetzlichen Bestimmungen oder versicherungspflichtige Mitglieder eingetragener Hilfskassen sind, werden bei Reisen zum Besuch der Bayerischen Gewerkschaft in München (Mai bis Oktober 1912) auf den bayrischen Staatsseifenbahnen inkl. der Linien der bayrischen Pfalz in der 3. Wagenklasse von Eisen- und Personenzügen zum halben Einzelfahrtstpreis befördert. Bei Benutzung eines Schnellzugs kommt zu dieser Lage der tarifmäßige Schnellzugzuschlag hinzu. Die Preisermäßigung tritt dann ein, wenn sich zur Reise nach München mindestens zehn Teilnehmer zusammenschließen; dagegen ist die Rückfahrt aufgelöst, d. h. sie kann von den Teilnehmern einzeln ausgeführt werden. Für die Dauer des Aufenthalts in München besteht keine Beschränkung. Auf Hin- und Rückreise ist je eine gemeinsame Fahrtunterbrechung gestattet. — Als Ausweis ist eine Bescheinigung der Krankenkasse vorzulegen, daß das betreffende Mitglied Fahrpreisermäßigung zum Besuch der Bayerischen Gewerkschaft beanspruchen will. Zu diesen Bescheinigungen ist, unter entsprechender handschriftlicher Veränderung, das Formular zu verwenden, das für die Mitglieder von Krankenkassen bei Eingaben um Fahrpreisermäßigung zwecks Besuchs von Vätern usw. gebräuchlich ist. Die Fahrpreisermäßigung für die Hinreise ist am Fahrkartenschalter der Abgangsstation spätestens 12 Stunden vor Abgang des zur Reise auszureisenden Zuges zu beantragen, und es sind gleichzeitig die Bescheinigungen für alle an der Fahrt teilnehmenden Personen vorzulegen. Auf der Rückreise werden an den Münchner Fahrkartenschaltern gegen Vorlegung der nämlichen Bescheinigungen Fahrkarten zum halben Einzelpreis abgegeben, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Reise gemeinschaftlich oder einzeln ausgeführt wird. — Diese Vergünstigungen haben zunächst nur auf bayrischen Strecken Geltung; es steht aber zu erwarten und ist dringend zu wünschen, daß auch die außerbayrischen Verkehrsverwaltungen den Arbeitnehmern in ähnlich weitgehender Weise wie die bayrische Verkehrsverwaltung entgegenkommen.

Wir würden unsern Kollegen im Fichtelgebirge, im Maintal usw. raten, soweit es irgend möglich ist, von der mitgeteilten Vergünstigung Gebrauch zu machen.

Marmor-Transparente. Auf der Mathildenhöhe zu Darmstadt ist augenblicklich eine recht eigenartige, wenn auch wenig umfangreiche Ausstellung aufgebaut. Es handelt sich hierbei um nichts weniger, als ungefügigen Marmor zu durchsichtigem und farbenprächtigem zu verarbeiten und als Ersatz für Kunstverglasung und Glasmalereien dienlich zu machen. Es ist bisher noch lange nicht genügend bekannt geworden, welche eine Fülle laurner Farbenpracht sich gerade der Marmor birgt, bei denen es sich nur darum handelt, sie durch irgendein Verfahren zu befreien und sie in ihrer Pracht erstrahlen zu lassen. Dies Verfahren zu finden, ist nun dem Besitzer der Marmorbergwerke zu Oberlahnstein, Dr. Pfaff, gelungen. Aus dem zu papierdünnen großen Platten geschliffenen Marmor scheint bei durchfallendem Licht durchlaufende und aber Tausende von Adern und Färbungen das Leben zu pulseren, und eine Symphonie leuchtender Farbtöne lobert auf und wiegt sich zugleich in wunderbar wohlthuend weichem Rhythmus von Gedämpftheit und Blut, Dunkel und Licht. Zum Schutz gegen Beschädigungen werden die dünnen Marmorblätter zwischen zwei Glasplatten festgehalten. Was hier von geschickter Hand geschaffen wurde, ist von schier unvergleichlicher Schönheit. Wir finden da in der Ausstellung Landschaften wie von Menschenhand gemalt, und doch sind alle Einzelheiten, wie Wasser, Bäume, Berge und Häuser nichts anderes, als kunstvoll zusammengesetzte Stücke feiner Marmorplatten. Aber da ist der Wald nicht einfach grün, der Fluß weiß, der Berg grau und der Himmel blau, sondern ein jeder Teil des Bildes ist ein darstellender Teil der Natur, im Kleinen schon fertig von ihr selber ausgebildet. Man hat es, ganz allgemein ausgedrückt, hier mit Natur-Kunstwerken zu tun. Denn wie es im einzelnen sich darbietet, erwuchs es, unbewußt das Große in der Natur im Kleinen darstellend, im Gestein. Vorsichtigerweise haben die Hersteller von jeder Wiebergabe figurlicher Vorwürfe abgesehen und sich nur an landschaftliche gehalten, bei denen aber die wunderbare Farbenpracht um so nachdrücklicher zum Ausdruck kommt. Dem Kunstgewerbe sind mit diesen Marmortransparenten ganz neue Wege erschlossen, vielleicht aber schaffen sie sich zuerst Bahn in einfachen harmonischen Zusammenstellungen als Verglasungen für Treppenaufgänge, Badezimmer usw. Zwar sprechen die verhältnismäßig hohen Preise im Augenblick noch ab, aber mit der Entwicklung und dem Ausbau der Erfindung werden auch sie herabgehen und zum mindesten in den modernen Eigenheimen wird man sich an diesen herrlichen Farbensymphonien ergötzen können.

Verfeinerung. In einem Steinbruch bei Groß-Cotta hat man in einem Sandsteinblock beim Zerlegen desselben die prächtige Verfeinerung einer starken baumartigen Pflanze gefunden. Der Block ist in drei Stücke zer schnitten und an den Sägeschnitten tritt der Umriß der Pflanze, die vor Millionen von Jahren, vom Sand eingekapselt, zu Stein wurde, klar hervor.

### Literarisches.

Dannemann, Dr. F., Die unser Weltbild entwand. Die Anschauungen vom Altertum bis zur Gegenwart über den Bau des Kosmos. Mit einem Titelbild nach der Rembrandtschen Radierung Der Astrolog und vielen Textbildern. Stuttgart 1912, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Französische Verlagshandlung). — In fesselnder Form und Sprache schildert Dr. F. Dannemann in dem vorliegenden Bändchen die Entwicklungsgeschichte unsres Weltbildes in populärer Darstellung. Das Ringen des Menschengeistes,

die bunte Vielheit der Erscheinungen in einer harmonischen Vorstellungswelt zu ordnen, erleben wir in aller Kürze mit gespanntem Interesse nochmals mit. Das im besten Sinne populäre Bändchen ist der weitgehenden Anerkennung sicher und so geschrieben, daß jedermann sich danach ein treffendes Bild von der Entwicklung machen kann. Dannemanns Bändchen, mit vielen Bildern versehen, kostet nur eine Mark.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. Mai 1912. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate).  
Treuern, B. 91.50, E. 5.—, K. 40.—. Kottenbauer, B. 102.52, K. 0.70. Kellheim, K. 18.—. Bernburg, B. 68.—, E. 2.50. Tauscha, B. 1.10. König, B. 4.—. Platon, B. 4.80. Rienburg, B. 12.90. Jschopau, B. 1.50. Wittstock, B. 3.20. Tangermünde, B. 4.80. Altona, B. 5.—. Dürnhäuser, B. 5.—. Schwarzenbach, B. 9.75. Berwaldermühle, Ins. 2.—. Demitz, B. 420.—. Citerhagen, B. 6.80, K. 0.70. Höchst a. M., B. 160.20, K. 3.80. Neegenborn, B. 85.—, E. 0.50. Osterholz, B. 286.10, K. 0.40. Kottenbauer, K. 12.—. Kammelsbach, B. 282.—. Nürnberg, B. 30.—, E. 8.50, K. 2.50. Neuenstein, B. 27.30, K. 15.85. Magdeburg, B. 136.—, K. 11.50. Leipzig, B. 600.—. Potsdam, B. 2.10. Lichtenrade, B. 4.10. Remscheid, B. 4.80. Kolberg, Ins. 2.40. Meißner, Ins. 4.—. Delmenhorst, B. 3.40. Selbitz, B. 24.82, K. 3.95. Bellerode, B. 85.—, K. 1.05. Seebach, B. 84.—. Neugunnersdorf, B. 33.60, M. 6.40. Kamenz, B. 178.—. Hemsbach, B. 192.—. Bogelsang, B. 2.40, K. 0.50. Süßbede, B. 12.—. Dörnberg-Weimar, B. 390.—, M. 8.50.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

Jena. Der Steinmetz Otto Burkhardt, geboren am 22. November 1893 in Genuß, hat seine Interimskarte in Unordnung hier liegen lassen. Demselben ist keine neue auszustellen.  
F. Lemmer, Kieferstraße 20/21, II.

Lützenbach. Der Steinmetz Paul Spottberger, geboren am 30. April 1855 in Arbing, ist auf Grund des § 3 Abs. 5b aus dem Verbandsausgeschloffen worden. Desgleichen die Arbeitswilligen Johann Bauer, geboren am 14. Juni 1876 in Stöfling, und Joseph Bauer, geboren am 11. November 1884 in Stöfling.  
Johann Dachsner, Vorsitzender.

### Adressen-Veränderungen.

Ansbach. Vorf. u. Kass.: Hans Luff.  
Blauberg. Kass.: Joseph Joglmann.  
Bremen. Vorf.: C. Maus, Seeburger Straße 5.  
Herrenhaide. Kass.: Emil Müller, Hartmannsdorf (Bezirk Leipzig), Obere Hauptstraße 81.  
Mühlhausen (Elsaß). Vorf.: Otto Dilpert, Fichtenstraße 23.  
Speyer. Kass.: Friedrich Hochreiter, v. d. Lann-Strasse 2.  
Zürich (Schweiz). Ab 1. April befindet sich das Bureau des Verbandes der schweizerischen Steinarbeiter nicht mehr Bremgartner Straße, sondern Langstraße 10, Zürich III, und bitten wir alle Korrespondenzen und Geldsendungen an die neue Adresse zu richten.  
Robert Kolb, Sekretär.

### Briefkasten.

Wenzel. Die ewige Ferrerei hatte keinen Zweck; es mußte einmal Schluss gemacht werden. Diejenigen Kollegen, welche die wenigsten Marken geliebt haben, sind meistens am unzufriedensten. — F. A. in L. Auf unsere postwendend gemachte Einwendung erklärte die Firma, daß die fragliche Sache zu Deinem Gunsten geregelt wird. Besten Gruß! — Tr. Du dringst mit einer Klage nicht völlig durch. Warum denn mit einer solchen Bagatelle die Gerichtsbehörden belästigen. Strafe den pp. mit Berachtung, das ist am besten.

### Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

## Anzeigen

### Lithographiesteingebiet!

== Versammlungen ==  
finden am Sonntag, den 19. Mai, mittags 12 1/2 Uhr, im Saale des Herrn **Langenthalheim** im Saale des Herrn **Solnhofen** im Saale des Herrn **Renner**, statt.  
Referent: Kollege **Staudinger**, Leipzig.  
Alle Lithographiesteinarbeiter werden ersucht, zu erscheinen.  
Die Einleitung. M. Vohje.

### Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Wadftin-Hosen in eigener Anfertigung — empfiehlt preiswert —  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

### Steinmetzen

suchen für sofort  
**A. Heinrich u. H. Hutsch**  
Granitbrüche Bertelsdorf b. Reustadt (Sa.).  
Tüchtige Granitsteinmetzen für bauernde Bauarbeit können sofort eintreten.  
**Carl Paeschke**, Werksteinindustrie, G. m. b. H. Tannowitz (Riesengebirge).

### Steinbrecher, Kleinpflaster- und Mosaikschläger

können sofort in unseren Basaltbrüchen in **Lichtenau** bei **Lauban** (Schlesien) eintreten.  
**Holzammer, Bauer & Co., G. m. b. H.**

### Tüchtiger Marmorfräser

der auch in der Pflege der Maschinen erfahren ist, in dauernde Stellung sof. gesucht. Angebote unter Angabe der Lohnansprüche an  
**F. G. Damm, Leipzig-R., Ostplatz.**

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In **Gretchen** am 10. Mai der Kollege **Ernst Fünfsüd**, 48 Jahre alt, an Lungenentzündung.  
In **Leipzig** am 10. Mai der Kollege **August Hesse**, 38 Jahre alt, an der Berufsrankheit.  
In **Strahburg** am 8. Mai der Kollege **Friedrich Mater**, 42 Jahre alt, an Lungenleiden.  
In **Strehlen** am 7. Mai der Kollege **Hermann Regner**, 17 Jahre alt, an galoppierender Schwindel.  
Ehre ihrem Andenken!

### Tüchtiger Steinmetz

auf Grabstein (Sandstein) und Möbelplatten für sofort in gute, dauernde Stell. gesucht. Schrifthanen erwünscht, doch nicht Bedingung.  
**Hans Leicher**, Bildhauer, Görlitz (Schles.), Schanze 22.  
**Marmorschleifer** tüchtig auf Rundschleifmaschine, wird für dauernd sofort eingestellt.  
**Gebr. Pfister**, Hof-Marmorindustrie, München.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Tarifverträge.\*

Die Vorkämpfer der Tarifbewegung haben vorzugsweise in Leipzig ihren Sitz; sie haben den Arbeitern die eigenartigen Aufgaben und neue merkwürdige Formen der Bewegung gezeigt. So bedeutungsvoll diese Erscheinung war, so basierte sie doch auf dem Grunde der schäfflichen Gewerbeordnung von 1861; so mangelhaft die Bewegung war, so war sie doch von der höchsten prinzipiellen Bedeutung, denn sie bestimmte, daß der Arbeitsvertrag keine individuelle Angelegenheit sei, sondern eine Angelegenheit der Gesamtheit des Berufs. Die Buchdrucker haben in dieser Beziehung den ersten bedeutenden Kampf geführt. Schon im Jahre 1848 haben die Buchdrucker in prophetischer Weise Beschlüsse gefaßt und Zukunftsbilder gewerkschaftlicher Tarifentwürfe entworfen. 1865 war bei ihnen der Ausgangspunkt der Tarifgeschichte, die andern Arbeiter sind erst viel später auf den Plan getreten, weil zuvor die Reichsgewerbeordnung kommen mußte. Es ist darum kein Zufall, daß Lassalle und die übrigen Vorkämpfer noch nicht über Tarifverträge gesprochen haben, die Voraussetzungen dafür fehlten eben damals noch. Das Prinzip des Individualismus hat aufgehört, wir sind in die Periode der Kollektivitäten getreten, der einzelne tritt zurück, das Schicksal wird durch die Gesamtheit bestimmt und dadurch erst wird das Individuum zum Glied geführt.

Es hat Zeiten gegeben, wo die Wahrnehmung, daß sich die Arbeiter organisierten, Schrecken verbreitete. Heute dagegen erstaunt man, wenn man einen unorganisierten Menschen trifft. Heute sind Beamte, Richter, Lehrer, Unternehmer organisiert. Und in allen Organisationen steht gewerkschaftlicher Zweck. Alle diese Kollektivitäten drängen zu wirtschaftlichen Vereinbarungen. Die Eisenkartelle müssen z. B. Vereinbarungen über Preise und Lieferungsfristen treffen, wir kommen zu ganz eigenartigen Entwicklungen, und es ist falsch, von Tarifverträgen als von einer Sache zu sprechen, die nur die Arbeiter angeht. Diese Tarifverträge sind eigentlich noch sehr wenig zur Durchführung gekommen. Wir gelangen zu der merkwürdigen Tatsache, daß die Tarifverträge nur in jenen Industrien durchgeführt sind, die geringere Produktion aufweisen, während die gewaltigen Industrien der Berg-, Hütten- und Eisenwerke, der elektrischen Industrie usw., noch vollständig frei von Tarifverträgen geblieben sind. Wir haben es in diesen Tagen schmerzhaft empfunden, daß im Bergbau von Einführung von Tarifverträgen nichts zu spüren ist. Daß in diesen großen Industrien die Tarifverträge noch nicht eingeführt sind, erklärt sich daraus, daß diese Industrien diejenigen wirtschaftlichen Grundlagen unter sich selbst geschaffen haben, die in andern Industrien durch den Tarifvertrag hergestellt wurden. Die großen Kartelle bestimmen die Preise und Lieferungsfristen; sie brauchen keine Tarifverträge, um gegen Schmutzkonzurrenz geschützt zu sein. Daß Tarifverträge aber auch in großen Betrieben möglich sind, beweist ihr Bestehen in den graphischen Berufen, den Baugewerben usw. Unzweifelhaft ist die Durchführung der Tarifverträge der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit zu danken. Aber es wäre falsch, wenn man diese Erfolge lediglich den großen Organisationsformen zuschriebe. In Betracht kommen sicherlich noch wichtige wirtschaftliche Gründe. Die Unruhe und Unsicherheit im Gewerbe üben auf die Unternehmer einen großen Einfluß aus. Nirgends droht dem Unternehmer eine größere Gefahr, als bei einem Streik der Buchdrucker, weil die Werke der Buchdrucker ephemere (schnell vorübergehender) Natur sind. Ähnlich liegt es im Bergwerke, und darum sind diese Unternehmer zu größerer Nachgiebigkeit geneigt. Diese ephemere Bewertung läßt auch der Kohle zu, aber daß in dieser Industrie noch kein Tarifvertrag zustande gekommen, liegt an der mangelnden Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung. Indessen wird der englische Kohlenarbeiterstreik während in der Geschichte leben, eine Million Arbeiter hat daran teilgenommen und bewiesen, wie mächtig der Arbeiter ist. Ein zweites Mal wird England es auf einen solchen Kampf nicht antworten lassen. Und wir haben bei diesem Kampfe Einwirkungen des Staates gesehen, an die wir früher nicht gedacht hätten.

Die Frage eines Mindestlohngesetzes ist sehr wichtig. Sie kann ganze gewerkschaftliche Organisationen erschüttern, wenn der Staat selbst die Initiative ergreift. Was der englische Minister Asquith jetzt durchführen will, hat seinen Vorläufer in Australien gehabt. Hier ist aber Vorsicht in der Begeisterung dringend nötig, wenn uns die englischen Vorgänge auch eine weite Entwicklung in der Frage der Lohnfestsetzung zeigen. Früher dagegen bestimmte der Unternehmer ganz allein; es gab zwar auch Tarife, aber die machte der Unternehmer und hängte sie in der Fabrik auf. Wenn die Tarifverträge anfänglich lokaler Natur waren, so entwickelten sie sich weiter zu Reichstarifen, und zeigen heute schon Anlässe internationaler Art. Wenn heute der Staat eingreift, so tut er das in einer Zwangslage, wie wir heute einen gewaltigen Industriestaat zum Sprunge bereit sehen, in die Lohnfrage regelnd eingzugreifen. Der Staat ist aber nicht immer so „schön“, er kann auch anders, wie wir es in diesen Tagen im Ruhrgebiet sahen; die Soldaten und Polizisten können auch anders kommandiert werden. Die staatliche Lohnregelung, auf die wir weiter unten zu sprechen kommen, wird nicht so bald allgemeine Bedeutung erlangen.

\* Nach einem Vortrage von Dr. Adolf Braun im Leipziger Gewerkschaftskartell.

Auch bei den schärfsten Scharfmachern hat es nicht an Diskussionen über Tarifverträge gefehlt. Sie werden zuletzt doch froh sein, wenn sie Tarifverträge abschließen können, weil sie die Unfähigkeit für die Dauer nicht ertragen können. Einer der mächtigsten Metallindustriellen hat vor zehn Jahren einem Arbeiterführer erklärt: Ich weiß, daß ich einmal mit Ihnen verhandeln muß; aber solange ich es nicht nötig habe, tue ich es nicht. Der Tarifvertrag hat für den Unternehmer den ungeheuren Vorteil, die Schmutzkonzurrenz zu bekämpfen. Darum haben damals die Brauunternehmer Tarifverträge abgeschlossen; sie waren noch in zahlreiche Kleinbetriebe zerplittert. Heutzutage würden sie es nicht mehr so nötig haben, aber jetzt besteht einmal der Vertrag.

Die Tarifverträge haben eine Entwicklung nach zwei Richtungen hin durchgemacht, sie wurden immer komplizierter und immer ausgebehrter, so daß sie sich zu gewaltigen Reichstarifen entwickelten. In einigen Jahren vielleicht werden wir uns darüber nicht mehr herumkreieren, ob Lokal- oder Reichstarife gemacht werden müssen. Diese Frage interessiert uns heute außerordentlich. Es wäre aber nicht klug, wenn sich die Diskussion darin verbißte. Die Entscheidung hängt aufs engste mit dem einzelnen Gewerbe zusammen. Aber diese Fragen wurden viel zu häufig von einem allzu lokalen Standpunkt aus behandelt. Es ist eine große Gefahr, daß sich die Verufe in einzelnen Orten durch Einführung von Reichstarifen stark geschädigt gefühlt haben. Wir müssen aber die Solidarität hochhalten. Wir müssen uns fragen, ob wir durch Reichstarife nicht Arbeiter mit in die Bewegung hineinreißen, die wir sonst noch lange nicht gewinnen würden. Was wir für diese tun, nützt auch uns außerordentlich. In Wien schlossen die Maurer einen günstigen Tarif ab; es zeigte sich aber, daß trotz der hohen Löhne nach dem Tarifabschlusse die Maurer nicht mehr als früher verdienten, weil sie weniger Tage im Jahre arbeiten konnten infolge des großen Zugangs aus dem Lande. Im Lande herrschen ungünstige Lohnverhältnisse, daher der starke Zuzug nach Wien, der unterblieben wäre, wenn ein Reichstarif bestände.

Eine andre wichtige Frage ist, ob die Tarife gesetzlich festgelegt werden sollen. Das ist nicht zu empfehlen, weil alle Verträge klagbar sind. Sobald jemand einen Vertrag für 50 000 Personen abschließt, so ist dieser Vertrag gesetzlich geschützt. Es wagt sich schon heute ein Recht durchzusetzen, von dem nichts geschrieben steht. Wir haben wenig Interesse, an der heutigen Grundlage der Tarife etwas zu ändern. Wo die Organisationen kräftig und dauernd sind, da wird der Tarif eingehalten, dazu brauchen wir die blinde Justitia nicht. Aber die Justitia blinzelt häufig, und wenn sie sich einmischt, so könnte das sehr unbequem werden. Die zivilrechtliche Haftbarkeit könnte ausgesprochen werden, wie das bereits bei den englischen Organisationen der Fall gewesen ist. In England zahlt der Staat die Löhne, die der Tarif vorschreibt, während bei uns noch einzelne Bundesstaaten sich in dieser Beziehung die Freiheit vorbehalten. Würde auch in Deutschland nach englischem Muster verfahren, so wäre das ein starkes moralisches Gewicht auch gegenüber der Privatindustrie.

Wenn man einen Tarif abschließt, so muß man wissen, mit wem man es tut. Die Unternehmer haben es leicht, sich darüber zu einigen, aber unter den Arbeitern herrscht noch vielfach Gefäßigkeit. Die Tarifverträge haben die Tendenz der Gültigkeit für alle, die in keinem Bereiche leben. Wenn jemand aus dem Auslande zuzieht, so gilt auch für ihn sofort der Tarifvertrag, der von zwei starken Organisationen abgeschlossen ist. Die Personen können wechseln, die Verträge bleiben bestehen. Das ist für den Juristen etwas ganz Neues und Eigenartiges, das bisher in keinem geschriebenen Recht vorhanden ist. Das Tarifgebiet umfaßt ganze wirtschaftliche Einheiten. Ebenso fest muß die Geltungsdauer bestimmt sein. Da kommt einer der wichtigsten Einwände der Unternehmer, die sich nicht auf längere Zeit binden wollen. Die amerikanischen Unternehmer haben daher das Bestreben, nur kurzfristige Tarife abzuschließen. Die Frage der Dauer des Tarifs war während der Streitigkeiten unter den deutschen Arbeitern die wichtigste. Besonders bei den Buchdruckern hat diese Frage gespielt. Aber die langfristige Dauer des Tarifs hat die Einführung der Segmaschine weniger gefährlich gemacht. Indessen ist in dieser Beziehung keine Regel aufzustellen. In jeder Kategorie ist diese Frage besonders zu unterfragen. Zu einer Einheitspflicht können wir nicht kommen, wir müssen vielmehr für den einzelnen Beruf das richtige zu fordern suchen. Es gibt keine allgemeine Rezepte für die Ausgestaltung der Tarife. So z. B. waren wir eine Zeitlang stolz auf die Erzielung hoher Ueberstundenbezahlung. Aber da machte sich der Wunsch der Arbeiter gerade nach Ueberstunden geltend. Die Wiener Buchdrucker erzwingen heute infolge dessen gerade das Erscheinen der Feiertagszeiten. Mit großem Stolz haben wir es auch begrüßt, daß die Organisationen in den Tarifverträgen anerkannt wurden. Darüber sind wir heute hinaus, denn es genügt vollständig, wenn der Name des Organisationsleiters unter dem Tarifvertrage steht. Vor allem ist wichtig, sich die Vorteile des Tarifs durch Lohnämter, Schiedsgerichte usw. zu sichern, noch bevor die Schmelzwerkzeuge aufzufahren. Die wirtschaftliche Bedeutung der Tarifverträge beruht wesentlich auch darin, daß Schichten einbezogen werden, für die bis dahin kein Vereinbarungen bestanden, hierdurch aber wird deren Kampffähigkeit gesteigert. Ein Einwand geht dahin, die Arbeiter würden verhindert, die Zeiten der Prosperität auszunützen. Aber es gibt auch Depressionszeiten, die viel länger dauern. Die Zeiten

der Depression aber zeigen die Macht der Tarifverträge. Der Arbeiter gibt etwas auf bei Abschluß von Tarifen, aber beim Aufgehen der Tarifverträge muß er hinwiederum auf Vorteile verzichten.

Man soll sich nicht für einen Tarif begeistern um des Tarifs willen, sondern man soll ihn nur annehmen, wenn er gut ist; im andern Falle ist ein tarifloser Zustand besser. Wir wollen die Kraft unserer Organisationen steigern, damit wir für diejenigen Arbeiterkategorien, die noch keinen Tarifvertrag besitzen, einen solchen schaffen können. Dazu müssen die besten und tüchtigsten Unterhändler ausgewählt werden. Zu diesem Amt sind ganz besondere Fähigkeiten notwendig. Sie müssen mit den Unternehmern am Schachbrett sitzen. Wir sind jetzt so weit, daß wir im Tarifvertrag bereits eine Selbstverständlichkeit sehen, und wir wollen, daß die Arbeiterklasse sich in der Genußfähigkeit hebt, die zu kräftigen Siegen vorbereitet.

## Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin.

Wo die arbeitenden Klassen ihre Rechte wahren wollen, wo sie sich anfechten, gegen ihre Feinde aufzutreten, da muß auch Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin zu finden sein. Denn der Ausbeuter und Herrenmenschen sind gegenüber den beschloßenen Massen nicht viele, aber um so größer ist ihre Macht. Den Besitz an Grund und Boden, sowie an den Produktionsmitteln haben sie sich angeeignet, und mit der wirtschaftlichen Macht haben sie auch die politische. Die Regierungsgewalt wird in ihren Händen nicht nur zu einem Mittel, um die Ausbeutungs- und Profitmöglichkeiten zu vergrößern, sondern sie wird in ihren Händen auch sofort zu einem Machtmittel gegen die Ausbeuteten und Unterdrückten, sobald diese nur Miene machen, den Ungerechtigkeiten und Schenklichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu Leibe zu gehen. Doch da zeigt sich die Macht und Bedeutung der proletarischen Solidarität so recht im vollen Umfang und ganzer Größe. Karl Marx hat das verheißungsvolle Wort ausgesprochen, daß den arbeitenden Klassen in der Masse ein Element des Erfolges gegeben ist. Aber die Massen können erst dann für das kämpfende Proletariat zu einem Element des Erfolges werden, wenn Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin immer mehr die Massen durchdringt und sie immer mehr zu einem organisierten und erfolgreicherem Kampf gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Unterdrückung befähigt. Darum muß vor allem das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Massen geweckt und gepflegt werden. Auch die letzte Arbeiterin und der letzte Arbeiter müssen von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für ein gemeinsames Ziel überzeugt werden. Und wenn es heute den kapitalistischen Machthabern noch häufig genügt, bei wirtschaftlichen Kämpfen Angehörige der arbeitenden und beschloßenen Klassen für einen Judaslohn zu kaufen, so soll das erst recht ein Ansporn sein, die Massen mit solidarischen Gefühlen zu durchdringen und sie zu solidarischem Handeln zu befähigen.

Das Höchste und Schönste ist die Solidarität. Sie fordert Selbstüberwindung und Opfermut. Sie macht aus den organisierten Arbeitern überzeugte Klassenkämpfer, die nicht an den persönlichen Vorteil, sondern die an den Vorteil der Arbeiterklasse, ja, an den des ganzen Volkes und der ganzen Menschheit denken. Die Solidarität der Arbeiterklasse schlägt den Kapitalisten und Unternehmern eine ihrer wichtigsten Waffen: die Aushungerung kämpfender Arbeiter, aus der Hand. Sie erschüttert die fundamentalste Forderung der kapitalistischen Moral: Wer knecht ist, der soll knecht bleiben. Und das Höchste ist, daß die Solidarität die organisierte Arbeiterklasse zu einer eisernen Disziplin befähigt, die eine freiwillige und darum eine unerschütterliche ist. So erst wird die organisierte Masse durch Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin zu einem Element des Erfolges.

Die kapitalistische Gesellschaft jest aber alles daran, der kämpfenden Arbeiterklasse das bedeutendste Element des Erfolges zu erschüttern und zu vernichten zu machen. Voller Wut müssen die Arbeiterfeinde und Unternehmer erkennen, daß die arbeitenden Klassen von einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl immer mehr durchdrungen werden; daß Opferfreudigkeit und Disziplin in dem Maße bedeutsamere Formen annehmen, in dem die Kämpfe um Besserstellung und Gleichberechtigung den Arbeitern erschwert werden. Je mehr die beschloßenen Massen vom Klassenbewußtsein, von Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin erfüllt werden, um so mehr geht auch das Unternehmertum dazu über, die Elemente des Erfolges in ihre eigenen Reihen zu tragen. Sie bauen ihre eigenen Organisationen aus, zwingen abseitsstehende Unternehmer unter ihren Banner, und fordern von den organisierten Unternehmern bedeutende Opfer und bedingungslose Disziplin. Die verschiedenen Unternehmerorganisationen stehen in allen Fragen, die sich auf die Arbeiterforderungen beziehen, in der denkbar engsten Fühlung miteinander. Und das alles geschieht zu dem ausgesprochenen Zweck, die breiten Massen anspruchlos, rechtlos und abhängig zu erhalten. Die Unternehmerorganisationen sollen nicht nur die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse abschwächen und einschränken, sie sollen mehr noch die Forderungen der Arbeiter unmöglich und unmittelmachen. Doch noch weiter gehen die Ziele der organisierten Unternehmer. So überschütten sie die gesetzgebenden Körperschaften und

## Justizmord.

Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf der Erde leben. Kant.

—nn. Unter diesem Motto hat der Berliner Verteidiger Sello eine endlos erscheinende Anzahl „Irrtümer der Straffjustiz“ altengemäß dargestellt, um: „den gefährlichen Quietismus derjenigen Welten zu strafen, die demalsten in der besten aller juristischen Welten zu leben wännen und die Furcht vor einem „Justizmord“ für eitel Gespensterfurcht halten“. Sello versucht, den Blick der Juristen zu lenken zu der erschütternden Statistik der Justizirrtümer, die das Auge schwindeln macht, in eine Welt von Leid, die das Herz erbeben läßt, in ein Chaos von Irrtümern, — das alle die mit der Strafrechtspflege betraut sind, zu ernsthafter Selbsteinkehr mahnt. (S. 462.)

Den Sinn des Buches zeigt uns der Verfasser mit der Wieder-gabe eines in Italien bekannten Rechtspruchwortes: Die Verurteilung eines jungen venezianischen Vätergesellen, der unschuldig zum Galgen geführt wurde, veranlaßte den Senat in Venedig, bei jeder Anklage auf Leben und Tod den Richtern durch einen Abgesandten die Worte zurufen zu lassen: „Denkt an den armen Vätergesellen!“

Die Erinnerung an dieses Sprichwort rettet noch heute in Italien manchen Schuldlosen vor Strafe. Was das lebendige Wort in Italien vermag, bringt vielleicht in Deutschland Sellos meisterhaftes Werk zustande.

Wir möchten wünschen, daß der Staat jedem Richter, jedem Staatsanwalt das Buch Sellos in die Hand gibt. Gerade in diesen Tagen erschien im letzten Heft (v. 15. V.) der Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern eine Besprechung des Buchs aus der Feder des Bezirksamtsassessors Dr. Harfter bei der Münchner Kriminalpolizei.

Es ist ein gutes Zeichen für Sellos Buch, daß hier ein Praktiker von der andern Seite — von der Seite der Anklage — dem Verteidiger Sello zustimmt und mit dem Philistertrotz: „So etwas kommt heutzutage bei uns zu Lande nur noch ganz selten vor“, gründlich aufräumt. Harfter anerkennt: „Nun ist dieser Selbstbetrug mit einem Schlag ins hellste Licht gesetzt“, „wir müssen trotz aller Sträubens schlichtlich auch die Richtigkeit der gewonnenen Ergebnisse Sellos rückhaltlos anerkennen“. Wer Sellos Buch gelesen hat, der muß — wie der Kritiker von der Polizeiseite her es auch tut — die Existenz zugeben von Polizeibeamten und Untersuchungsrichtern, die dem Angeschuldigten mit lauterer oder bedenklichen Mitteln so lange zusehen, bis er schließlich die Tat gesteht, die er gar nicht begangen hat, um der Folter dieser Verhöre zu entgehen, um in die versprochene bessere Zelle usw. zu kommen.“

So gesteht der Mann der Polizeipraxis die tiefbeschämende Tatsache zu, die deutlicher Sello im Kampf gegen das selbstgefällige Pharisäertum unserer deutschen Justizbeamten von heute ausspricht (S. 466): „Freilich werden heute bei uns keine Geständnisse mehr durch richterliche Prügel erpreßt. Aber monatelange Untersuchungsarbeit, der Hinweis auf ein mildes Urteil für den Fall des Geständnisses, die tortura spiritualis der ewigen Verhöre vermögen auch heutigen Tages noch schwachmütigen Angeschuldigten falsche Geständnisse zu entlocken — von den derberben Ueberredungskünsten untergeordneter Polizeioorgane gar nicht erst zu reden. Siegel im Jahre 1842, Doise 1861, Stallinsky 1882, Sawenda im selben Jahre, Frau N. 1893, die Bratimilischen Eheleute 1900, sie alle hatten Morde eingestanden, die sie gar nicht begangen hatten; die meisten von ihnen bei unabweisbar gefundenen Sinnen genau in der gleichen Weise wie Biermann im Jahre 1800. Nicht immer sind die Justizbureaukraten — wie hier — die Meinschuldigen am Fehlpruche irreführender Geschworener; aber stets trifft sie die Mitschuld; den Staatsanwalt, der die Anklage aufrecht erhält, den Vorstenden, der die Rechtsbelehrung gibt, das Dreimännerkollegium der Berufsrichter, die ihre in der Strafprozessordnung statuierte Rechtspflicht, freizusprechen, falls die Geschworenen sich zuungunsten des Angeklagten irren, nicht erfüllen.

Und auch aus den letzten Schlupfwinkeln vertreibt Sello unsere Justizchauvinisten, die mit dem mageren Trost die Stimme des Gewissens erstickten, im Ausland sei es noch schlimmer, die die Schandflecken deutscher Justiz zudecken wollen mit dem Schanddenkmal des Dreyfus-Standals. Vorurteilsfrei zieht Sello ebenso energisch zu Feld gegen diesen nationalen Pharisäismus als gegen den geschichtlichen, der da wähnt, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Treffend zeigt er, wie die „nationalen Konten“ sich ausgleichen, wie die Vorzüge und Schwächen der einzelnen Länder sich kompensieren. Sello vergißt nicht, in dem dunklen Bild des Dreyfus-Prozesses auch das helle Licht zu zeigen, die tapferen Wahrheitskämpfer von Zola, Riquart, Reinach Herim. Und wer mit Sello nicht an die Möglichkeit einer Dreyfus-Affäre in Deutschland glauben will, weil uns die elementare Reizbarkeit der Gallier fehlt, der wird mit Sello auch glauben müssen, daß es in Deutschland nicht so leicht möglich ist wie in Frankreich, einmal verurteilte Unschuldige wieder zu befreien. Vor allem würde es bei uns an der Möglichkeit mangeln, daß es der rafflosen Energie einiger außerhalb der Juristenwelt stehender Männer am Ende doch gelingen könnte, das Volksgewissen nicht wie in Frankreich aus den Händen fanatischer Verblendung zu befreien, sondern aus dem Schlafe stumpfer Gleichgültigkeit aufzurütteln und durch die Macht des Willens ihre Ueberzeugung auch bei den Männern von der Zunft durchzusetzen.

Wie täglich nimmt sich doch das kümmerliche Flämmchen vorübergehender Teilnahme, das bei uns die gutgemeinten Bemühungen Lindans, Liebnechts, v. Egidys für das Schicksal Biethens (der 1893 durch einen nie gut gemachten Irrtum der Straffjustiz zum Tode verurteilt und kraft Gnade bis zu seinem Tode im Zuchthaus) zu entzünden vermochten, neben der Feuerbrunnst aus, die jenseits des Rheins Zolas machtvolles „l'accuse“ entzündete?

Die Sozialdemokratie betrachtet es als ihre Ehrenpflicht, ihren wachsenden Einfluß im Volk, in der Presse, im Parlament immer mehr geltend zu machen im Kampfe gegen Justiz und Polizeibureokratie.

Die Regierungen vorzuziehen mit den Klammern Klagen über den Zerwürf der Arbeitgeber mit den scharfmacherischen Forderungen, den gewerkschaftlichen Kampf durch neue Ausnahmegesetze zu unterbinden. Und die angestrebte Vermittlung der Arbeiterseite und Scharfmacher sind nicht umsonst gemacht worden. Mehr denn je pflegen die Unternehmer den Herrenstandpunkt in allen Fragen des Arbeitsvertrags hervorzuheben; selbst die Vermittlerrolle der Regierung lehnen sie als unberechtigten Eingriff in die Rechte der Unternehmer ab. Zudem hat ihr Geschick nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die organisierten Arbeiter den Erfolg gehabt, daß die bürgerlichen Mehrheitsparteien und die Regierungsvertreter die Notwendigkeit des verstärkten Schutzes der Arbeitswilligen ausdrücklich anerkannt haben, den sie allerdings mit den bereits bestehenden gesetzlichen Mitteln durchgeführt wissen wollen. Damit ist erreicht worden, daß die Gerichte auf eine ganz ungewöhnlich strenge Handhabung der bestehenden gesetzlichen Mittel zu kommen. Die scharfmacherischen Forderungen der koalitierten Arbeiterseite sind so im Grunde erfüllt worden, ohne daß aber für die Öffentlichkeit der üble Eindruck neuer Ausnahmegesetze damit verbunden ist. Freilich, die von den Folgen der beispiellosen Hege der Arbeiterseite und Scharfmacher betroffenen Arbeiterkreise haben dennoch die Gewißheit, daß sie einer ausnahmegesetzlichen Behandlung unterworfen werden, die den Machtverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft entspringt.

Aus allem aber müssen die Ausbeuteten und Entrechteten die Lehre ziehen, daß es die oberste Pflicht ist, die Geschlossenheit, Opferfreudigkeit und Kampftätigkeit der eigenen Reihen hochzuhalten und zu fördern. Die Anstrengungen und Bemühungen der Unternehmerorganisationen müssen und dürfen letzten Endes nur den einen großen Erfolg haben, daß dadurch der Eifer der organisierten Arbeiter immer wieder angespornt, und damit die Ausbreitung und die Fortschritte der modernen Arbeiterbewegung gefördert werden. Gewiß, die erstarrten Unternehmerorganisationen haben eine erhebliche Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes herbeigeführt. Aber sie haben weder eine Vernichtung, noch einen Stillstand der Arbeiterbewegung herbeiführen können. Im Gegenteil haben sie durch die konsequente Ablehnung der Arbeiterforderungen, durch ihr ganzes scharfmacherisches und provokatorisches Verhalten in weiten Kreisen der bisher untätigen und von der Arbeiterbewegung noch nicht ergriffenen Massen das Klassenbewußtsein geweckt. Erkennt es nur rechtzeitig, ihr Frauen und Männer des arbeitenden und unbemittelten Volkes, daß diese Saat zur Reife gebracht werden muß, die Frucht wird dann gewiß dem kämpfenden Proletariat zufallen! Mag es auch Mühe und Arbeit kosten, möge auch an die proletarische Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin hohe Anforderungen gestellt werden, die Mühe und Opferfreudigkeit wird sicher belohnt werden.

Die vom Klassenbewußtsein durchdrungenen Arbeitermassen streben nach höheren Zielen und sind nicht durch Augenklammerfolge davon abzuhalten, den Kampf gegen Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung unbeeinträchtigt weiterzuführen. Ihr Streben nach wahren Menschentum, das auf solidarischer Arbeit und solidarischer Lebensgemeinschaft beruht, gibt ihnen eine unantastbare Ueberlegenheit über ihre Widersacher, die nur für ihre persönlichen Vorteile kämpfen. Die Erfolge der Unternehmerorganisationen und der kapitalistischen Gesellschaft können daher nicht von unbegrenzter Dauer sein. Aber die Arbeiter sollen sich doch hüten, diese vorübergehenden Erfolge der Arbeiterseite durch einen Mangel an Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin zu untergraben. Ein Mangel in dieser Hinsicht bedeutet Stärkung der Position des Gegners. Darum: Hoch die proletarische Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin!

### Leute, die die Wahrheit nicht vertragen können.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das offizielle Publikationsorgan deutscher Unternehmerverbände ist in große Verlegenheit geraten. Kürzlich sind in der Tagespresse kurze Berichte über die Ergebnisse der Gewerbeaufsicht in Preußen während des Jahres 1911 erschienen. Darin wird auch gesagt, daß leider die günstigere Lage der Industrie den Arbeitern nicht in wünschenswertem Umfange zugute gekommen ist. Wenn auch die Löhne durchweg eine steigende Tendenz zeigten, so wurden die sich daraus für die Arbeiter ergebenden Vorteile doch fast überall durch die Teuerung der Lebensmittel, der Kohlen usw. aufgewogen, teilweise sogar mehr als aufgewogen. In verschiedenen Aufsichtsbereichen sei überdies die Lohnsteigerung nur gering gewesen.

Die Feststellung dieser Tatsachen durch die königlich preussischen Gewerbeinspektoren will der Arbeitgeberzeitung ganz und gar nicht gefallen, und es ist begreiflich, daß sich die Goldschreiber des deutschen Unternehmertums bemühen müssen, den durch diese amtlichen Berichte hervorgerufenen Eindruck nach Möglichkeit abzuschwächen. Das soll dadurch geschehen, daß man eine Anzahl anderer Sätze aus dem offiziellen Bericht den vorstehend angeführten Sätzen gegenüberstellt, um so zu zeigen, daß es den Arbeitern in Wirklichkeit sehr gut geht und daß in solchen vereinzelten Fällen, wo es ihnen nicht sehr gut geht, die Arbeiter an ihrer Lage selbst schuld sind.

Daß in einzelnen Bezirken Lohnsteigerungen zu verzeichnen waren, beweise doch, so meint die Arbeitgeberzeitung, daß das abgelaufene Jahr durchaus im Zeichen der Lohnsteigerungen gestanden habe und daß die Industrie selbst bestrebt gewesen sei, der Ungunst der Lage nach Kräften entgegenzuarbeiten. Aber die Arbeiter hätten keinen Sparfynn und die zahlreichen Arbeiterausstände hätten einen außerordentlich bedenklichen Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter ausgeübt, und zwar versteigt man sich zu der letzteren Behauptung deshalb, weil nach dem offiziellen Bericht die meisten Ausstände für die Arbeiter nur einen teilweisen Erfolg zettigten.

In der Redaktion der Arbeitgeberzeitung scheint man in der Tat nicht zu merken, wie man sich durch diese paar Sätze in die kraßesten Widersprüche verwickelt. Wenn eben die Arbeiterausstände sehr oft nicht mit einem vollen Erfolg endeten, so deshalb, weil das Unternehmertum brutale Gewaltmittel den Forderungen der Arbeiter entgegenstellte; deshalb haben eben die Arbeiter nicht erreicht, was sie angesichts der günstigen Lage der Industrie und der zunehmenden Teuerung hätten erreichen müssen. Das aber, was hier und da erreicht worden ist, auf das „Bestreben der Industrie“ zurückzuführen, ist denn doch eine Behauptung, die an Vermegen nichts zu wünschen übrig läßt. Nichts kennzeichnet ja besser dieses angeblühete Bestreben des Unternehmertums, die Lage der Arbeiter zu bessern, als die strikte Ablehnung aller Arbeiterforderungen und die Tatsache, daß es das Unternehmertum wegen ein paar lumpigen Pfennigen Lohnsteigerung zu Riesenkämpfen kommen läßt.

Nachdem aber der Unternehmerjüngling in der Deutschen Arbeitgeberzeitung sich bemüht hat, aus weiß schwarz und aus schwarz weiß zu machen, scheint er von der Richtigkeit seines Geschreibels selbst nicht überzeugt gewesen zu sein, und jedenfalls in der Erkenntnis, daß durch alle Schreiberlei Tatsachen nicht aus der Welt zu schaffen sind, schnauzt er die königlich preussischen Gewerbeinspektoren also an:

Man kann ein gewisses Erkennen nicht unterdrücken über die Art und Weise, wie hier von amtlicher Stelle aus über eine der wichtigsten wirtschaftlichen Erscheinungen abgeurteilt wird. Auf Grund welcher Tatsachen bestimmt denn der Herr Gewerbeinspektor dieses oder jenes Bezirks, ob sich die Lebenshaltung der Arbeiter gebessert oder verschlechtert hat? ... Auch wird man nicht umhin können, die Methode, mit der hier wirtschaftliche und soziale Probleme in Verbindung gesetzt worden sind, etwas leichtfertig, um nicht zu sagen leichtfertig, zu finden.

Wir nehmen zur Ehre der Gewerbeinspektoren an, daß die Arbeitgeberzeitung das, was sie beabsichtigt, nicht erreicht, daß nämlich die also gerüffelten Gewerbeinspektoren vor ihr zu Kreuze kriechen und von den Feststellungen solcher Tatsachen in Zukunft absehen.

### Die Stadtverwaltungen als Steinabnehmer.

Die deutschen Stadtverwaltungen beziehen von den Steinindustriellen ungeheure Quanten an Pflaster- und Werksteinen. Tausende von Millionen werden hierzu pro Jahr für Steinlieferungen ausgegeben. Nachstehende Tabelle zeigt uns so recht, wie die Steinindustrie an den alljährlich von den Städten vorzunehmenden Straßenbauten interessiert ist.

Ausgeführte Straßenpflasterungen, Legungen von Rand- und Bordsteinen sowie Gesamtwert an gelegten Rand- und Bordsteinen im Jahre 1910.

Städte	Neue Pflasterungen		Neue Legungen		Rand- oder Bordsteine (laufende Meter)		Gesamtwert am Schlusse d. J. 1910
	von Fahrwegen	von Fußwegen	von Fahrwegen	von Fußwegen	Neue Legungen	Ums. Legungen	
<b>Gruppe A.**</b>							
Berlin	818	1070	—	—	—	—	—
Bremen	1156	455	646	141	26966	8186	—
Breslau	284	855	—	—	18746	—	—
Charlottenburg	726	175	—	—	—	—	—
Chemnitz	641	87	394	81	9200	7580	290900
Cöln a. Rh.	2574	1824	1252	204	15089	2678	—
Dresden	706	3343	300	1114	10081	18274	—
Düsseldorf	576	90	969	—	10068	—	176568
Effen	1271	95	167	45	8500	4000	128500
Frankfurt a. M.	1590	2758	784	2098	18827	12983	—
Hamburg	2255	2244	—	—	—	—	—
Hannover	4386	—	528	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	177	631	272	178	2766	5426	150759
Leipzig	1081	73	272	—	—	—	—
Magdeburg	884	700	162	167	3618	2925	—
München	1161	887	—	—	10297	4048	—
Nürnberg	529	922	487	—	8830	160	388830
Stettin	112	902	88	49	1252	2850	—
Stuttgart	548	43	—	—	11907	—	268775
<b>Gruppe B.</b>							
Aachen	181	487	—	—	—	—	—
Altona	309	62	890	9	1726	11824	610062
Barmen	464	800	95	10	—	1000	—
Bödingen	880	85	116	18	4050	—	68850
Braunschweig	306	96	55	18	2890	—	—
Cassel	446	81	349	18	7500	180	147000
Erfeld	275	246	56	—	5100	—	—
Danzig	351	572	399	220	8068	7427	248000
Dortmund	728	86	309	79	6400	8850	—
Duisburg	672	282	—	—	—	—	—
Eberfeld	9	67	—	—	—	—	—
Gelsenkirchen	855	469	—	—	—	—	—
Halle a. S.	160	—	86	8	4611	500	—
Karlstraße i. B.	77	177	90	12	—	500	120000
Kiel	854	128	105	347	17264	—	—
Mannheim	387	228	61	25	2580	908	158282
Planen i. B.	156	19	157	20	1841	2787	140000
Rosen	255	—	111	—	4788	—	145288
Rixdorf	411	282	245	102	7860	—	127295
Schöneberg	300	295	—	—	—	—	—
Strasburg i. E.	338	321	298	107	8802	8864	—
Wiesbaden	781	106	276	11	5387	8452	126500
<b>Gruppe C.</b>							
Augsburg	442	854	119	27	4290	—	99505
Beuthen (O. S.)	286	—	147	—	482	458	22755
Bielefeld	226	—	—	—	—	—	—
Bonn	482	22	238	58	7868	2769	158858
Bromberg	208	58	—	—	1975	68	82275
Darmstadt	280	62	76	29	2287	287	—
Deffau	205	15	77	8	8888	207	74589
Deutsch-Wilmersdorf	719	—	85	—	8200	—	—
Elbing	—	—	—	—	—	—	18405
Erfurt	256	82	142	21	4630	—	—
Flensburg	106	284	44	61	1800	2950	—
Frankfurt a. O.	31	4	58	—	1120	—	—
Freiburg i. Br.	307	87	245	6	5894	892	128650
Gürlitz	176	26	55	6	—	—	71000
Gleiwitz	—	—	—	—	—	—	—
Görlitz	27	115	88	35	748	1495	—
Hagen i. Westf.	216	27	120	—	2290	—	41720
Hamburg a. d. Elbe	184	125	48	28	4700	—	92600
Kaiserslautern	127	—	3	18	1900	1100	118000
Koblenz	38	—	—	—	700	—	55500
Königsbütte (O. S.)	5	—	7	—	4400	—	23670
Lichtenberg b. Berlin	149	84	39	9	1120	618	—
Ludwigshafen a. Rh.	127	26	58	10	1539	1094	—
Lübeck	172	66	108	—	—	—	55200
Mainz	446	82	286	171	9565	1180	200600
Mek	308	325	198	35	4147	8882	106558
Mühlhausen i. E.	180	18	102	27	8180	—	—
Mühlheim a. d. R.	211	79	169	—	5780	—	—
München-Glabach	200	11	480	—	12900	—	106060
Oberhausen i. Rhld.	78	—	70	—	22440	—	—
Osnabrück	—	15	—	—	1000	—	47660
Potsdam	52	14	57	10	—	—	—
Rensscheid	770	838	188	185	16376	—	183876
Rosold	42	64	10	—	1000	—	12000
Spandau	—	198	9	117	1948	—	105636
Würzburg	114	187	40	20	3431	925	—
Zwickau	184	40	108	—	3501	598	—
Zwickau	88	75	89	88	1650	—	—

Auffällig ist, welche ungeheuren Quanten Bordsteine in den einzelnen Städten nötig sind. Auch werden alljährlich enorme Straßenpflasterungen vorgenommen, besonders fällt dieses bei Köln auf. Diese Stadt hat in einem Jahre 2574 Ar = 257 400 Quadratmeter Steinpflasterungen vorgenommen. Die Aufträge dürften meist der rheinischen Steinindustrie zugute gekommen sein.

\* Aus dem Jahrbuch deutscher Städte.  
\*\* Die Gruppierung unter A, B und C geschah den Größenverhältnissen der Städte nach.

### Die christlichen Gewerkschaften demaskieren sich!

Daß die christlichen Gewerkschaften sich immer mehr zu Streikbrecherorganisationen entwickeln, weiß jeder, der die Entwicklung dieser Organisationsgebilde überblickt. Woran wir mit den Streikbrecherorganisationen sind, hat ja zum Entsetzen aller ehrlichen Arbeiterfreunde der letzte Streik der Ruhrbergleute gezeigt. Allmählich werden aber die inneren Ursachen der christlichen Streikbrecherorganisationen auch von zentraler Seite aus offenbart, die zeigen, daß alle die bisher öffentlich angebrachten Gründe für den Streikbruch nichts als eine Täuschung der Öffentlichkeit waren. Die Germania, das führende Zentralorgan, ist jetzt so freundlich, den Schleier zu lüften, warum der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter den andern Verbänden und somit den kämpfenden Bergleuten in den Rücken fiel. In ihrer Nummer vom 7. Mai a. c. lesen wir:

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat zu der Frage künftiger Streiks in klarer und fester Weise Stellung genommen. Der Gewerbeverein betrachtet als die Aufgabe der nächsten Zeit den Kampf um die Anerkennung der Organisationen und die Herbeiführung eines Tarifvertrags. Kämpfe um andre Dinge wird er fürs erste nicht mitmachen. Einen Ausstand zum Zweck einer Lohnsteigerung hält er für unwert der erforderlichen Opfer, weil selbst bei seinem Gelingen, die Dauer der erlangten Lohnsteigerung unsicher wäre. Dieses Gegenwartsprogramm des christlichen Gewerbevereins (wie man es nennen kann) ist ein durchaus vernünftiges, das auf richtiger Erkenntnis der Situation beruht. Zweitens haben diese Richtlinien ihre bestimmte und scharfe Bedeutung gegenüber den andern Organisationen, hauptsächlich gegenüber dem sozialdemokratischen Verband. Dieser weiß nunmehr, daß vorerst jeder Streik als Mittel des Lohnkampfes vom christlichen Gewerbeverein nicht unterstützt werden würde und daher von vornherein dasselbe Ergebnis haben müßte, wie der letzte Ausstand!

Das ist ja sehr interessant, was das schwarze Organ zu schreiben weiß, aber es stimmt mit unsrer Auffassung über die Ursachen des christlichen Bergarbeiterstreiks. Keine Lohnbewegung! Mögen die Arbeiter hungern! Ihnen zu helfen und gar durch Kämpfe, muß durch die christlichen Gewerkschaften ausbleiben. Sonst sonst das Dammeschwermert der katholisch-irrischen Ungnade vollends auf die christlichen Gewerkschaften herab. Dem zu entgegen, zieht man sich auf das Programm der katholischen Fachabteilungen zurück. Es war vorauszuversagen, daß es so weit kommen würde mit den christlichen Gewerkschaften. Die Führer der letzteren haben recht, wenn sie behaupten, daß eine Auflösung der christlichen Gewerkschaften durch den Papst nicht erfolgen wird. Beinahe war es so weit. Aber da zogen sich die „Kölnner Opportunisten“ schlau und allmählich zurück auf die Grundzüge, die die katholische Kirche für die katholische Arbeiterbewegung proklamiert hat.

Man lasse sich nun nicht dadurch täuschen, daß man christlicherseits die Anerkennung der Organisationen der Arbeiter und die Herbeiführung von Tarifverträgen antreibt. Wer den Kampfsohnen verläßt, auf dem erst die Anerkennung der Organisation und die Tarifverträge geblieben können, der meint es mit beiden Fragen auch nicht mehr ernst. Kampf um Tarifverträge und Anerkennung der Organisation! Das soll das Kampfobjekt der nächsten Zeit sein, das kommende Ziel der Streikbrecherorganisation. Will man beides, Tarifverträge und Anerkennung der Organisation, etwa von den Grubenbesitzern erbetteln? Dann können wir lange warten. Um auf schnellstem Wege zur Erreichung dieser beiden gewiß wichtigen Forderungen zu kommen, da muß in erster Linie im Bergbau die christliche Bergarbeiterorganisation zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sein, damit ihre Verrätertätigkeit, der Streikbruch, keinen Schaden mehr anrichten kann, wenn um beides in erste Kämpfe getreten werden muß.

Das zeigen uns die Darlegungen der Germania, daß den Gewerbeverein die Lohnfrage auch beim letzten Bergarbeiterkampf wenig oder gar nicht kümmerte. Wie hätte er sonst auch in eine Lohnbewegung treten können unter der Bedrohung an die Werkschergen, irgendwelche ernste Repressalien zur Erlämpfung der Lohnforderungen nicht zu ergreifen. Damit war die christliche Lohnbewegung charakterisiert. Die Werkschergen lachten sich über diese Komödie und über diesen Verrat zugleich ins Häuschen, lehnten alles ab und der Gewerbeverein betrieb Streikbruch. Warum? Der Gewerbeverein will keine Kämpfe in Lohnfragen führen, er will Tarifverträge und Anerkennung der Organisation erbetteln, wie die katholischen Fachabteilungen.

Daß der Verrat beim Bergarbeiterstreik schon von langer Hand vorbereitet war, zeigt sich jetzt ebenfalls. Am 30. April erklärte in einer Versammlung in Dellwig, Ruhrgebiet, ein christlicher Generalversammlungsdelegierter, daß auf der außerordentlichen Generalversammlung des christlichen Gewerbevereins am 8. Oktober 1911 in Essen beschlossen worden sei, unter keinen Umständen einen Streik mitzumachen. Und auf einen Zwischenruf: diese Stellungnahme sei den Delegierten suggeriert worden, antwortete entrüstet der christliche Redner:

Das ist nicht wahr, denn bereits auf der Generalversammlung des Gesamtverbandes in Köln ist beschlossen worden, einen Streik nicht mitzumachen!

Wenn es sich um die Generalversammlung des Gewerbevereins handelt, dann datiert die Streikbruchproklamation schon vom 9. bis 12. Juli 1911 ab. Oder sollte es sich um eine später stattgefundene Sitzung des christlichen Gesamtverbandes handeln? Ganz gleich, aus den Worten des christlichen Redners geht hervor, daß man in Gewerbevereinsführerkreisen nicht daran gedacht hat, irgendwie in einen ersten Kampf um die Lohnforderungen einzutreten. Auch als am 8. Oktober in Essen die Lohnfrage beraten wurde, handelte es sich um nichts weiter als um eine Komödie, dazu inszeniert, den Bergarbeitern Sand in die Augen zu streuen, wie ja die ganze Lohnbewegung des Gewerbevereins nichts weiter als eine Täuschung war. Man hoffte nur in Essen, daß die Grubenbesitzer sich ihrer Pflicht bewußt würden, etwas für die Bergarbeiter zu tun! Diese Hoffnung wurde gründlich zerflört. Wie ein höherer Grubenbeamter nach dem Streik erklärte: „Weil die Bergleute sich nicht einig seien!“ Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter wollte die Lohn- und Streikbewegung kaputt machen und hat es auch fertig gebracht.

Auch der christliche Sekretär Hüskes sagte in Dellwig: Wir waren uns vor dem 12. Oktober 1911 schon darüber klar, daß wir, selbst wenn wir eine gemeinsame Bewegung mitmachen, in dem Augenblick zurücktreten, wo diese Bewegung zum Streik führte.

Diese Äußerungen wurden sofort von anwesenden Versammlungsbesuchern festgenagelt, worauf eine Erwiderung nicht mehr erfolgte. Damit fallen alle Einwendungen, die die Christenführer gegen den Streik selbst angebracht haben, in sich selbst zusammen. Sie haben den Streik nicht gewollt, ob er notwendig, berechtigt oder aussichtsreich war. Herr Hüskes hätte sich keine Verteidigungschrift ersparen können, ebenso überflüssig waren die Reden, mit denen man in christlichen Kreisen den Streikbruch verteidigte, weil die bekanntgegebenen Gründe leere Ausreden sind und sein sollten. Hüskes ist doch wenigstens so offen gewesen, das einzugehen, was wahr ist. Er hat ja ebenso offen in einer Versammlung in Sippstadt am 20. April eingestanden, daß die christlichen Gewerkschaften den übrigen Berufen ebenso mißspielen werden, wie den Bergarbeitern beim letzten Streik. Amantien! Die freien Gewerkschaften werden Vorfrage treffen, daß den christlichen Streikbrecherstreikern nicht die Räume in den Himmel wachsen. Das kann z. B. der Gewerbeverein christlicher Bergleute an sich schon heute lernen. In einer großen Anzahl Zahlstellen sind ihm die Mitglieder massenhaft davongelaufen und vielfach sogar in den schmerzhaftesten Hochburgen.

Die Selbstdemaskierung der christlichen Gewerkschaften zeigt hier einmal sehr nützliche Folgen und das wird noch besser kommen.